

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

1.2015
www.libmag.de
2,90 EURO

SCHWERPUNKT: DIE LIBERALISMUS-LÜCKE

MUT STATT MISSMUT

CHRISTIAN LINDNER IM INTERVIEW

MIT NEUEM GRÜNDERGEIST GEGEN STAATSGLÄUBIGKEIT
UND BÜRGERENTMÜNDIGUNG KÄMPFEN!

VINCE EBERT:

WESHALB DIE ERFOLG-
REICHSTEN MENSCHEN WELT-
MEISTER IM SCHEITERN SIND

NORBERT BOLZ:

WAS DIE SCHULE
VON COMPUTERSPIELEN
LERNEN KANN

WOLFGANG GERHARDT:

WARUM DIE ZUKUNFT
GEWINNT, WER HEUTE MUTIG
CHANCEN NUTZT



Wenn Sie sich eine Karriere
aufbauen wollen, wählen
Sie die erste Adresse.



Ein Beruf, der Sie fordert. Mit Verantwortung, Anerkennung, weitreichender Unterstützung und entsprechendem Einkommen. Gestalten Sie als selbstständiger Vermögensberater die finanzielle Zukunft Ihrer Kunden:

Starten Sie bei der Deutschen Vermögensberatung und nutzen Sie unser bewährtes Beratungskonzept für Ihren persönlichen Erfolg!



**Deutsche
Vermögensberatung**
Vermögensaufbau für jeden!

Informieren Sie sich kostenlos unter: **0800 3824000** oder finden Sie Ihren persönlichen Vermögensberater und planen Sie Ihre Karriere mit ihm unter: **www.dvag.de**



KIRSTIN HÄRTIG
GESAMTLEITUNG

„Freiheit“, singt Marius Müller-Westernhagen, „ist die Einzige, die fehlt.“ In der Tat: Alle anderen sind schon da: die für Gleichheit, die für das Gestrige, für Bevormundung.

In der Politik bestimmen derzeit diejenigen, für die Freiheit an zweiter oder dritter Stelle in der Rangfolge politischer Prinzipien steht. Das sei im Kern sozialdemokratische Politik, sagt Christian Lindner in unserem Interview. Wo früher freiheitliche Politik war, da sei jetzt im Parlament „eine große geistige Lücke“.

Was das genau ist, diese Liberalismus-Lücke, und wo sie sich zeigt, beleuchten wir aus verschiedenen Perspektiven: Da ist die Sichtweise der Demoskopie, die interessante Aufschlüsse darüber erlaubt, ob und - wenn ja - wie tief der Liberalismus in Deutschland verwurzelt ist. Der Blick in die Geschichte erlaubt uns zu erkennen, wie sehr uns unsere Freiheit heute als selbstverständlich erscheint - und doch nicht ist. Einen der beständigsten Feinde der Freiheit, die Bürokratie, nehmen wir im Interview mit *Spiegel*-Autor Alexander Neubacher unter die Lupe. Die Freiheitspreisverleihung an Helen Zille zeigt: „In diesen unübersichtlichen Zeiten brauchen wir Menschen, die uns Anschauung dafür geben, was Freiheit ist und was sie kein kann“, wie es Altbundespräsident Dr. Horst Köhler als Laudator ausdrückte. Für den afrikanischen Kontinent engagiert sich auch ein

Lehrer aus Erlangen. Er entwickelte eine Ein-Dollar-Brille. Damit schenkt er Tausenden Mittellosen das Sehen - und sichert anderen eine berufliche Existenz. *liberal* stellt sein Projekt vor.

Sie sehen erstmals an dieser Ausgabe: Wir haben den Heftumfang um die Hälfte reduziert und die Auflage deutlich erhöht. Die gute Nachricht dabei ist: Sie erhalten *liberal* künftig im Bahnhofsbuchhandel für 2,90 Euro, im Abonnement bis auf Weiteres kostenlos. Wir haben uns zu diesem Schritt entschlossen, weil wir in Zeiten, in denen kaum noch liberale Politik gemacht wird, mehr Menschen für die Idee der Freiheit gewinnen wollen. Sie als *liberal*-Leserinnen und -Leser werden das gut verstehen.

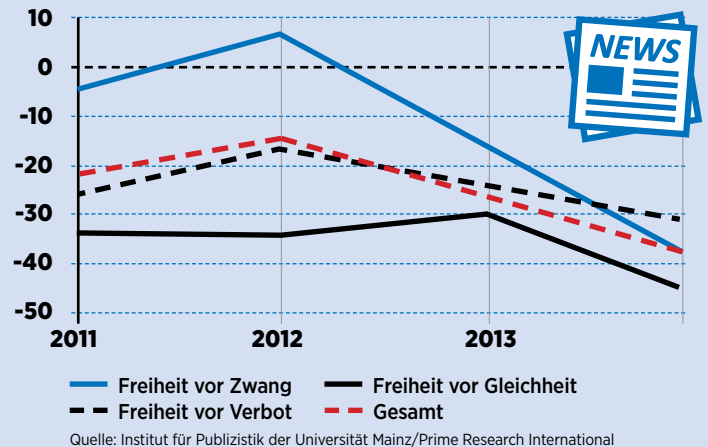
Bei der Lektüre werden Sie überdies feststellen, dass *liberal* mit diesem Heft noch politischer wird. Wir wollen die Liberalismus-Lücke füllen, wir wollen Alternativen zum real existierenden Sozialdemokratismus aufzeigen. Wir wollen im Sinne unseres Auftrags zur politischen Bildung möglichst viele Menschen erreichen mit unseren Ideen, unseren Gedanken und unseren Vorstellungen. Wir wollen Freiheit für diejenigen erfahrbar machen, die ihr Fehlen allmählich zu spüren beginnen, und wir wollen denen Argumente liefern, die die Freiheit als bedroht ansehen. Denn, so Westernhagen: „Freiheit ist das Einzige, was zählt.“ ●

Freiheitsindex 2014

Die Wertschätzung der Freiheit in Deutschland

hat im Vergleich zum Vorjahr erneut abgenommen. Das hat das John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung in Heidelberg (Prof. Dr. Ulrike Ackermann) als Ergebnis des „Freiheitsindex Deutschland“ für das Jahr 2014 ermittelt. In Kooperation mit dem Institut für Demoskopie Allensbach und dem Institut für Publizistik der Universität Mainz wurde zum wiederholten Mal eine repräsentative Befragung der Bevölkerung und eine quantitative Medieninhaltsanalyse überregionaler Printmedien durchgeführt.

Auf einer Skala, die sich von minus 50 bis plus 50 erstreckt, befindet sich der für 2014 aus den Ergebnissen von Repräsentativbefragung (1.571 Personen) und Medieninhaltsanalyse (2.386 Presseartikel) errechnete Freiheitsindex bei minus 7,0 (Vorjahr: minus 2,7), das heißt: Nach wie vor steht Freiheit damit im Hintertreffen gegenüber konkurrierenden Werten wie Gleichheit, Gerechtigkeit oder Sicherheit. Wir haben einige der interessanten Ergebnisse hier zusammengestellt:

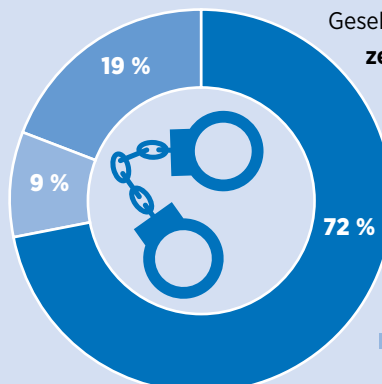


Stellenwert der Freiheit in der Berichterstattung

Die Bevölkerung sieht den **Wert der Freiheit** deutlich positiver als die Medien. Das zeigt die Auswertung der Medienberichterstattung, für die knapp 2.400 Beiträge des *Spiegel*, der *Süddeutschen Zeitung*, der *Frankfurter Allgemeinen* und der *Welt* inhaltlich analysiert wurden. Dabei ging es darum, ob die Beiträge inhaltlich eher zum Wert der Freiheit tendieren oder zu den jeweiligen Gegenständen Zwang, Gleichheit oder Verbot.

Gesellschaftsaufgaben als Staatsaufgaben

Gesellschaftliche Aufgaben wie **Schutz vor Verbrechen, Polizei, Natur- oder Umweltschutz** können als Aufgaben des Staates, staatlicher Behörden dargestellt werden oder als Aufgaben der Bürger, beziehungsweise nichtstaatlicher gesellschaftlicher Kräfte. Für eine Liste von 23 Gesellschaftsaufgaben untersuchte die Inhaltsanalyse zum Freiheitsindex Deutschland 2014, wie diese in der Berichterstattung der Leitmedien dargestellt wurden.



■ Nicht Staatsaufgabe ■ Ambivalent ■ Staatsaufgabe



Was darf der Staat tun?

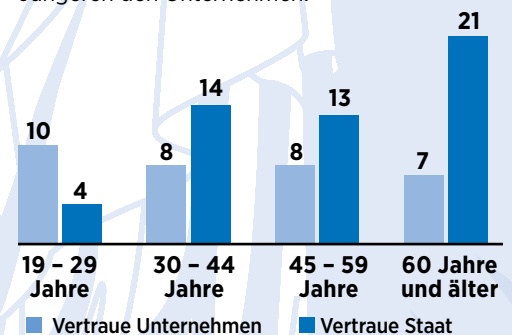
Wie schnell sind die Bundesbürger mit der Forderung nach Verboten zur Hand? Und wo sehen sie dringenden Handlungsbedarf? Dazu stellte Allensbach die folgende Frage und legte eine Liste mit Themen vor: „Man kann ja unterschiedlicher Meinung sein, welche Maßnahmen

der Staat ergreifen darf, um seine Bürger möglichst gut zu schützen, und welche Maßnahmen zu weit gehen. Wenn Sie bitte einmal diese Liste durchlesen: Was davon sollte der Staat Ihrer Meinung nach tun dürfen, um seine Bürger möglichst gut zu schützen?“



Ältere vertrauen eher dem Staat, jüngere eher den Unternehmen

Wie groß ist das Misstrauen gegenüber Unternehmen und dem Staat, wenn es um die Daten der Bürger geht? Dazu stellte Allensbach die folgende Frage: „Vertrauen Sie Unternehmen/ dem Staat, wie sie/er mit gespeicherten Daten umgehen/umgeht, oder misstrauen Sie Unternehmen/dem Staat da eher?“ Es zeigte sich: Die Älteren vertrauen eher dem Staat, die Jüngeren den Unternehmen.



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage Nr. 11023

STANDARDS

3

EDITORIAL

4

START



Freiheitsindex 2014

6

INHALT/IMPRESSUM

15

ZWISCHENRUF

22

FUNDSTÜCK

22

WUTPROBE

Bedingt lieferbar

23

AUTOREN DER FREIHEIT

Oswald Metzger

30

ZENTRALMOTIV

„Gier frisst: FREIHEIT“



44

MIERSCHS MYTHEN

Kafka 2.0



50

BÜCHER

54

ZITATE DER FREIHEIT

Thommie Bayer

 **APP-VERSION**

liberal ist auch als iPad- und Androidversion erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

 Audio(slide)

 Bildergalerie  Link

 Leseprobe  Video



SCHWERPUNKT

Die Liberalismus-Lücke

„Wo der Staat eine Lücke hat, füllt man sie mit Politik“, bemerkte einmal der Schweizer Aphoristiker Walter Fürst. Da ist etwas Wahres dran. Die Frage ist allerdings, mit welcher Art von Politik die Lücke gefüllt wird. Zwar entdecken gerade alle Bundestagsparteien die Freiheit und den Liberalismus für sich. Doch was sie darunter verstehen, kann wahrhaft freiheitlich Denkende nicht glücklich machen.



8

GARANT FÜR LIBERALITÄT FEHLT

Die Große Koalition verspielt durch ihre Politik Deutschlands Stärken, kritisiert Christian Lindner. Ein Interview über konjunkturpolitische Strohfeuer, staatlichen Lohnklausen und entmündigte Bürger. **VON DAVID HARNASCH**

12

DIE GETEILTE FREIHEIT

Wenn die FDP aus der Krise finden will, muss sie nicht nur entschlossener als bislang um Inhalte kämpfen, sondern auch um die Deutungshoheit über die Begriffe Freiheit und Liberalismus. **VON THOMAS PETERSEN**

16

MEINE FREIHEIT, DEINE FREIHEIT



Gut besucht war der „Freiheitskongress“ der Grünen. Er zeigte aber auch: Außer ein paar Außenseitern und Marketingstrategen kann in der Partei mit Freiheit niemand etwas anfangen. **VON BORIS EICHLER**

18

LIBERALE ERFOLGE

Der Liberalismus ist tot? Ist er gottlob nicht. Sechs Beispiele dafür, was uns im Falle seines Ablebens entgangen wäre und was uns künftig entgehen würde. **VON DETMAR DOERING**



24 AUSLÄNDER REIN!

Ohne qualifizierte Zuwanderung droht Deutschlands Ökonomie der demografische Infarkt. Darum muss das Land noch deutlich stärker um ausländische Fachkräfte werben. **VON AXEL PLÜNNECKE**

26 EWIG DROHT DER WELTUNTERGANG

Statt selbst für unser Leben verantwortlich zu sein, werden wir vom Staat wie Kinder behandelt. Für den Autor Alexander Neubacher ein Grund zur Sorge. Ein Interview. **VON BORIS EICHLER**

28 „GIB NIEMALS AUF“

Der diesjährige Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ging an Helen Zille. Ein Auszug aus der Dankesrede der südafrikanischen Politikerin.



32 LEARNING AND DOING

Die USA wollen ihre industrielle Basis stärken - und setzen auf das deutsche duale Ausbildungssystem. **VON CHRISTINE MATTAUCH**

36 WEGWEISEND

Das Freihandelsabkommen TTIP hat in Deutschland keinen guten Ruf. Die wichtigsten Fakten wider die Horrorszenarien. **VON KERSTIN BRAUCKHOFF**

38 ZUFÄLLIG ERFOLGREICH

Wenn Sie mehr Erfolg haben wollen, müssen Sie bereit sein, mehr Fehlversuche in Kauf zu nehmen. **VON VINCE EBERT**

42 LICHT FÜR DIE WELT

Wie ein Lehrer aus Erlangen 150 Millionen mittellose Menschen mit einer Brille versorgen will. **VON KAPKA TODOROVA**



46 DIE MEINUNGSKÖCHE

Was uns das geheime Konferenzprotokoll einer Talkshowredaktion über das Fernsehen der Gegenwart verrät. **VON GIDEON BÖSS**

48 UNI-FORM

Schüler und Studenten, aber auch Lehrer und Professoren sind gleichermaßen durch die politische Heuchelei entmutigt, die uns einreden möchte, alle seien gleich begabt. **VON NORBERT BOLZ**

51 MUT STATT MISSMUT

Warum die etwas eingeschlafene Politik und Gesellschaft in Deutschland eines Weckrufs bedürfen.

VON WOLFGANG GERHARDT

liberal • Debatten zur Freiheit. Vierteljahresheft der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin Telefon 030/28 87 78 59, Fax 030/28 87 78 49 www.libmag.de

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit:

David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst), Thomas Volkmann

Autoren dieser Ausgabe: Thommie Bayer, Norbert Bolz, Gideon Böss, Kerstin Brauckhoff, Detmar Doering, Vince Ebert, Boris Eichler, Wolfgang Gerhardt, David Harnasch, Karl-Ulrich Kuhlo, Christine Mattauch, Oswald Metzger, Michael Miersch, Thomas Petersen, Axel Plünnecke, Kapka Todorova

Gesamtherstellung:

corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf Tel. 0211/542 27-700, Fax 0211/542 27-722 www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:

Holger Löwe, Wilfried Lülldorf

Redaktionsleitung: Mirko Hackmann

Gestaltung: Ernst Merheim (Grafik), Karin Rasch (Bildredaktion), Matthias Seifarth (Titelillustration)

Objektleitung: Christiane Reiners

Anzeigen: Ralf Zawatzky, Tel. 0211/542 27-662, ralf.zawatzky@corps-verlag.de (Leitung),

Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, georgios.giavanoglou@corps-verlag.de (Anzeigen-Marketing), Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671, tatjana.moos-kampermann@corps-verlag.de (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:

Bechtle Druck&Service GmbH & Co. KG 73730 Esslingen, Zeppelinstraße 116

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Erscheinungsweise vierteljährlich; Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement: Alles dazu auf den Seite 35

„Es gibt eine große geistige Lücke im Parlament“

Die Große Koalition verspielt durch ihre sozialdemokratische Politik Deutschlands Stärken, kritisiert **Christian Lindner**. Der Vorsitzende der FDP fordert, dass die einmalige ökonomische Situation höchster Staatseinnahmen und niedrigster Zinsen nicht für mehr Konsum verbraucht werden darf. Ein Interview über konjunkturpolitische Strohfeuer, staatlichen Lohnklausen und entmündigte Bürger.

// INTERVIEW// **DAVID HARNASCH** // FOTOS // **MICHAEL GOTTSCHALK**

Herr Lindner, seit mehr als einem Jahr fehlt im Deutschen Bundestag eine liberale Partei. Was hat sich in dieser Zeit verändert?

Deutschland ist ein tolerantes, weltoffenes Land, das eine stabile wirtschaftliche Basis hat. Das soll so bleiben. Wir erleben aber aktuell, dass auf der einen Seite im Bundestag allein sozialdemokratische Politik gemacht wird, die Wohlstandschancen verspielt und die Zukunft belastet. Auf der anderen Seite gibt es eine Formation, die mit Protest und Nostalgie auf Stimmgang geht, Zukunftsängste schürt und mit Ressentiments spielt. Mir fehlt ein Garant für die innere Liberalität unseres Landes. Diese traditionell bürgerliche Haltung ist die Mission der FDP. Und ein klarer Kontrast.

Was macht diesen Kontrast denn aus?

Der Zeitgeist ist geprägt von neuer Staatsgläubigkeit und Entmündigung der Bürger. Auch die Union träumt doch nur noch von neuen Ausgaben, statt über das Erwirtschaften nachzudenken. Die Bürokratisierung des Alltags halte ich für eine der größten Bedrohungen der Freiheit. Es muss auch eine Partei geben, die auf die Erwirtschaftung unseres Wohlstandes setzt. Und die erst einmal auf die Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Menschen vertraut, bevor notfalls der Staat zur Hilfe gerufen wird.

Was heißt das konkret?

Wir haben einige wirtschaftlich gute Jahre hinter uns. Die Große Koalition nimmt aber Deutschlands Stärke für selbstverständlich hin. Wer das tut, hat längst

begonnen, die Stärke zu verspielen. Ein Jahr wirtschaftsfeindliche Politik hat zudem bereits seine Spuren in der Konjunktur hinterlassen - schon ist der Kater da: Zahlreiche Wirtschaftsindikatoren gehen runter, die Regierung muss die Wachstumsprognosen korrigieren und die Steuereinnahmen wachsen deutlich langsamer. Umso dringender müssten wir jetzt unser Wissen und unser Kapital klug investieren, die Wettbewerbsfähigkeit ausbauen. Stattdessen wird die Agenda-Politik abgewickelt. Das ist grundfalsch. Deutschland bräuchte vielmehr einen neuen Agenda-Kraftakt, der unser Land fit für die Zukunft macht und einen neuen Gründergeist schafft.

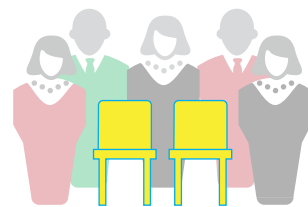
Was für einen Gründergeist?

Erinnern Sie sich an das Gefühl, als Sie in die erste eigene Wohnung eingezogen sind? Eine solche Aufbruchsstimmung - das wollen wir für Deutschland. Dafür müssen wir dringend an die großen Herausforderungen unserer Zeit ran: die demografische Umwälzung unserer Gesellschaft, die Digitalisierung unserer Wirtschaft und unseres Alltags, die zunehmende internationale Verflechtung und die Entstehung neuer Kraftzentren in der Welt. Wir sollten die innovativen und kreativen Potenziale jedes Einzelnen wecken und Raum zur Entfaltung geben. Die wichtigste Ressource dabei ist Bildung. Wir wollen das zum Mondfahrtprojekt unseres Landes machen. Ein Bildungswesen, das in der Spitze mit Nordamerika und in der Breite mit Skandinavien konkurrieren kann. Ich persönlich glaube, dass Bildung dafür stärker Aufgabe des Gesamtstaats werden muss. Ich bin überzeugt: Die



ZUR PERSON

CHRISTIAN LINDNER, geboren 1979, studierte Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Philosophie in Bonn. Selbstständiger Unternehmer von 1997 bis 2004. Landtagsabgeordneter in NRW von 2000 bis 2009 sowie seit 2012. Generalsekretär des Landesverbandes der FDP von 2004 bis 2012 sowie des Bundesverbandes von 2009 bis 2011. Seit 2012 Vorsitzender von Landesverband und Landtagsfraktion der FDP, seit 2013 Bundesvorsitzender der FDP.



Heute – Liberalismus = Vorgestern



besten Jahre Deutschlands liegen noch vor uns, wenn wir jetzt die Weichen richtig stellen. Beste Bildung der Welt, Neustart der Energiewende, solide Staatsfinanzen und enkelfitte Sicherungssysteme, um nur wenige Punkte zu nennen.

Was bemängeln Sie an der Energiewende?

Deutschland muss aus seiner kollektiven Selbsthypnose in der Energiepolitik aufwachen. Die Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit sind genauso wichtig wie der Klimaschutz, dem aus ideologischen Gründen bislang Vorrang eingeräumt wird. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist inzwischen zu einer Subventionsmaschine geworden, die rund um die Uhr auf Hochtouren läuft. Dieses planwirtschaftliche System, das Investoren feste Erträge über mehrere Jahrzehnte garantiert, bremst die Innovationskraft aus und ist längst zum Kostentreiber für Privathaushalte und Unternehmen geworden. Das EEG muss deshalb schnellstmöglich abgeschafft werden, damit keine neuen Ansprüche auf Subventionen entstehen. Wir brauchen stattdessen einen Energie-Binnenmarkt in Europa. Mehr europäischer Wettbewerb macht unsere Energieversorgung sicher und bezahlbar.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft ist zuletzt deutlich abgekühlt. Wie würden Sie gegensteuern?

Wachstum kann nicht auf Pump vom Staat gekauft, sondern nur durch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen ermöglicht werden. Bürokratieabbau wirkt mehr als konjunkturpolitische Strohfeuer: Ein Come- »

back der Marktwirtschaft hilft mehr als jedes Förderprogramm. Die Leistung der fleißigen Arbeiter und Angestellten verdient zudem mehr Respekt und Anerkennung. Das heißt, dass der staatliche Lohnklaus, bekannt als „kalte Progression“, beendet werden muss. Der Tarif der Lohn- und Einkommensteuer gehört „auf Räder“, damit er automatisch der Preisentwicklung angepasst wird und nicht der Finanzminister von Gehaltserhöhungen am meisten profitiert. Dazu bräuchte es einen Impuls durch private und öffentli-

sehen. Sie wollen investieren und sparen - woher soll das Geld kommen? Wir brauchen den richtigen Mix aus vernünftigen Ausgaben und dem Mut, Wachstumschancen zu nutzen. Ich bin für ein Moratorium bei neuen Konsumausgaben. Die einmalige ökonomische Situation höchster Staatseinnahmen und niedrigster Zinsen darf nicht für mehr Konsum verbraucht werden, sondern muss durch mehr Investitionen in die Zukunft uns noch morgen tragen. Dazu müssen die massiven Wachstumsbremsen am Arbeitsmarkt



Ich wünsche mir einen starken, handlungsfähigen Staat. Ich brauche keinen Staat, der 1.600 zusätzliche Beamte beim Zoll einstellt, um den Mindestlohn zu kontrollieren.

che Investitionen, etwa durch die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung. Der Haushalt würde Spielräume dafür hergeben: Mindestens vier Milliarden Euro zusätzlich für Straßen, Schienen, Brücken und die Breitbandversorgung sind machbar, wenn die Regierung die zusätzlichen Konsumausgaben kappt und auf mehr Investitionen setzt.

Also ohne neue Schulden?

Ja, natürlich. Die Regierung müht sich ja sehr, die „schwarze Null“ zu erreichen. Ich finde aber, das ist in Zeiten höchster Steuereinnahmen und künstlich niedriger Zinsen allenfalls das Minimalziel. Die schwarze Null darf auch nicht zum reinen Symbol werden, sie muss der Beginn einer neuen Reformpolitik sein, die den Rahmen für wirtschaftliche Leistung und persönliche Schaffenskraft verbessert. In der mittelfristigen Finanzplanung der letzten schwarz-gelben Regierung war übrigens sogar der Abbau von Altschulden vorge-

und in der Energiepolitik weg und die riesengroße Chance des Freihandels mit Nordamerika genutzt werden.

Sie haben keine Angst vor dem Chlorhühnchen?

Das Chlorhühnchen ist doch längst das Symbol der Angstmache. Es wird ausgerechnet von den Leuten für Stimmungsmache genutzt, die jeden Sommer im Freibad mehr Chlorwasser schlucken, als sie mit amerikanischem Geflügel jemals auf den Teller bekämen. Mein Eindruck ist, dass viele Antiamerikaner von links und die Nationalstaatsromantiker von der AfD das Freihandelsabkommen nutzen, um ihre Vorbehalte gegen Amerika zu bedienen. Das gefährdet unseren Wohlstand. Denn das Freihandelsabkommen TTIP ist eine enorme Chance für unsere exportorientierte Wirtschaft - zur Sicherung gut bezahlter Arbeitsplätze. Wir schaffen außerdem damit weltweit gültige Standards in Umwelt- und Sozialfragen. Gelingt uns dieser

Brückenschlag über den Atlantik nicht, setzen andere die Standards zu unseren Lasten. Es wird dann der autoritäre chinesische Staatskapitalismus sein, der die Regeln im Welthandel bestimmt.

Die FDP ist in den letzten Wochen mit Kritik an der EU-Kommission aufgefallen. Was läuft da in Ihren Augen schief?

Ich sehe mit Sorge, dass die Bundeskanzlerin sich gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Hollande in den letzten Wochen daran gemacht hat, den Stabilitätspakt aufzuweichen. Der Fehler von Schröder und Chirac darf aber nicht noch mal gemacht werden. Es führt kein Weg an stabilen Finanzen und nachhaltigen Wirtschaftsreformen vorbei. Gerade dafür bräuchte es eine starke EU-Kommission, die das durchsetzt. Jetzt soll aber ausgerechnet ein ehemaliger Finanzminister Frankreichs als Währungskommissar für Disziplin in den Krisenländern sorgen - obwohl er selbst nicht ein einziges Mal einen Haushalt vorgelegt hat, der den europäischen Regeln entsprochen hat. Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht. Marktwirtschaftliche Reformen, nicht Rentengeschenke oder neue Schulden sind Voraussetzung für Wachstum, Arbeitsplätze und neue Chancen für Millionen Menschen in der gesamten EU.

Europa wird von verschiedenen Seiten verstärkt infrage gestellt. Wächst auch Ihre Skepsis?

Ich bin stolz auf unser Land, auf unser Grundgesetz, auf das, was hier nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht wurde. Aber ich weiß auch als bergischer Junge und als Deutscher, dass unsere Identität eine europäische ist. Die FDP ist eine Europa-Partei. Übermorgen werden die Europäer nur noch zwei Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Wäre es da wirklich der richtige Weg, wieder kleiner und nationaler zu denken? Die Europäische Union hat ihre Mängel, wir müssen sie besser machen. Aber wer nur die Defizite betont, verliert den Blick für das Wesentliche: Sicherheit, Binnenmarkt, gemeinsame Gestaltung globaler Fragen. Europa sollte die großen Fragen regeln, für die die Nationalstaaten zu klein sind. Aber was in den Ländern näher am Bürger gelöst werden kann, sollte auch da bleiben.

Sie sprachen die Rentengeschenke an. Zählen Sie dazu auch die Rente mit 63 in Deutschland?

Das Rentenpaket ist teuer, ungerecht und gegen Altersarmut wirkungslos. Ein Teil einer Generation profitiert von der Rente mit 63, die alle Jüngeren und alle Älte-

ren bezahlen. Das Rentenpaket ist außerdem ein Frühverrentungsprogramm, das den Fachkräftemangel verschärft. Klar ist: Wer hart gearbeitet hat, soll eine ordentliche Rente haben. Modern wäre, die Selbstbestimmung zu stärken und längeres Arbeiten attraktiv zu machen. Die Zeit ist doch längst reif, dass wir auch beim Renteneintritt mehr Selbstbestimmung ermöglichen.

Die Scharia-Polizei in Wuppertal und die Ausschreitungen bei der Demonstration von Hooligans haben die Debatte über Islamismus in Deutschland jüngst befeuert. Welche Antwort geben Sie?

Liberaler sind Verfechter einer offenen Gesellschaft und der Rechtsstaatlichkeit. Es ist eine staatliche Kernaufgabe, durchzusetzen, dass politischer und religiöser Extremismus unser Grundgesetz nicht aushöhlt. Die Bekämpfung von Extremismus gelingt aber nur durch Prävention und Repression, also Bildung, Aufklärung und gesellschaftliches Engagement, gepaart mit einer klaren Rechtslage und handlungsfähigen Sicherheitsbehörden. Ich habe den Eindruck, dass im Umgang mit radikalisierten Salafisten die gesetzlichen Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft werden. Gleiches gilt, wenn es in Berlin Kieze gibt, wo sich die Polizei nicht hineintraut, weil libanesische Banden dort das Sagen haben. Das ist nicht vereinbar mit meinem Verständnis, wie unser liberaler Rechtsstaat funktioniert. Ich wünsche mir einen starken, handlungsfähigen Staat. Ich brauche keinen Staat, der 1.600 zusätzliche Beamte beim Zoll einstellt, um den Mindestlohn zu kontrollieren.

Zum Abschluss: In zweieinhalb Jahren ist schon wieder Bundestagswahl. Wie wollen Sie die Liberalen wieder in das Parlament bringen?

Mir geht es weniger um die Methode. Mich beschäftigt, warum wir von den Bürgerinnen und Bürgern ein neues Mandat bekommen sollen. Der Blick in unser Parlament zeigt doch, dass es dort eine große geistige Lücke gibt. Die Überzeugung, dass Marktwirtschaft den Menschen und der Wirtschaft dient, dass Bürger sich nicht für ihre Rechte rechtfertigen müssen, sondern der Staat jeden Eingriff in selbige, und eine weltoffene Geisteshaltung, die jeden sein Leben frei gestalten lässt - diese Mischung ist unverwechselbar und einmalig. Diese Haltung gibt es im Deutschen Bundestag nicht mehr, obwohl sie in der Gesellschaft eine große Verankerung hat. Und das ist das Profil der FDP. ●

Die Krise der FDP ist zwar nicht gleichbedeutend mit einer Krise des Liberalismus als solchem, doch sie ist ein starkes Indiz dafür. Wenn die Partei diese Entwicklung aufhalten will, muss sie entschlossener als bislang nicht nur um Inhalte, sondern auch um die Deutungshoheit über die Begriffe kämpfen. // TEXT // THOMAS PETERSEN

Die geteilte Freiheit

Der Kriminalroman „Das goldene Ei“ von Donna Leon ist leider nicht besonders lesenswert, doch er enthält einen sehr interessanten Satz: „Trenne die Wörter von ihrer Bedeutung, und die Welt gehört dir.“ Die Autorin, eine in Italien lebende Amerikanerin, hat bei der Formulierung dieses Satzes mit Sicherheit nicht an die deutsche Politik gedacht, doch man kann sich kaum eine treffendere Beschreibung jener Vorgänge der jüngsten Jahre vorstellen, die wesentlich zur derzeitigen Schwäche der FDP und zur Schwäche liberaler Positionen allgemein in Deutschland beigetragen haben.

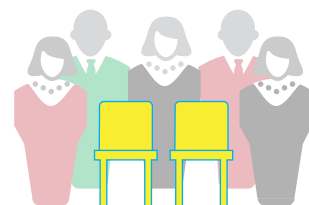
Natürlich hat die Wahlniederlage der FDP bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr eine Vielzahl von Gründen. So wird man bei einer umfassenden Ursachenanalyse neben der Personalpolitik der Partei, internen Querelen und diversen politischen Sachentscheidungen auch die Medienberichterstattung berücksichtigen müssen. Nach den Auswertungen des Instituts „Media Tenor“, das kontinuierlich die Berichterstattung der führenden deutschen Massenmedien mit quantitativen Inhaltsanalysen aufschlüsselt, war die FDP, die bis dahin in den Medien vergleichsweise ausgewogen beurteilt worden war, im ersten Jahr seit der Amtsübernahme der CDU/CSU/FDP-Regierung im Herbst 2009 die am schlechtesten bewertete Partei. Der Anteil der negativen Wertungen an allen wertenden Aussagen lag

bei 81 Prozent. Ein solcher Medientenor bleibt nicht ohne Folgen auf die Wählerschaft, die bei ihrer Meinungsbildung auf die Massenmedien angewiesen ist. Und so zeigte sich, was sich meistens zeigt, wenn die Bewertung einer Organisation oder Person in der Berichterstattung wechselt: Die Bevölkerung vollzog den Wechsel der Beurteilung mit dem Abstand einiger Monate nach ([Grafik 1](#)).

Als eine weitere wichtige Ursache für die derzeitige Schwäche der FDP drängt sich außerdem das allgemeine Zeitklima auf. Kann es sein, dass der Liberalismus schlicht aus der Mode gekommen ist? Auf den ersten Blick scheint dies so. So zeigen die Repräsentativumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach deutlich, dass eine liberale Stimme im Parlament kaum vermisst wird. Im Oktober 2013, in der ersten Repräsentativumfrage nach der Bundestagswahl, stellte das Institut die Frage „Wenn Sie einmal an die Parteien denken, die nach der Wahl im Bundestag vertreten sein werden (...): Haben Sie den Eindruck, dass diese Parteien zu politischen Themen eine ausreichende Auswahl an unterschiedlichen Positionen bzw. Ansichten bieten, oder fehlen Ihnen bestimmte Ansichten bzw. Positionen, bieten die Parteien da Ihrer Meinung nach nicht genügend Auswahl?“ Auf diese Frage hin antwortete eine deutliche Mehrheit von 55 Prozent, die im Bundestag vertretenen Parteien böten eine ausreichende Auswahl

von Positionen. Immerhin 19 Prozent widersprachen ausdrücklich und meinten, die Auswahl reiche nicht aus. Fragte man jedoch nach, welche politischen Positionen denn vermisst werden, nannten nur die wenigsten liberale Standpunkte. Von den 19 Prozent, die meinten, es seien wichtige Positionen nicht im Parlament vertreten, sagten ganze 7 Prozent – das entspricht 1,3 Prozent der Gesamtbevölkerung – ausdrücklich, ihnen fehlten liberale Positionen. Zog man die inhaltliche Grenze großzügiger und zählte alle von Befragten vermissten Themen und Haltungen zusammen, die man im weitesten Sinne liberalem Gedankengut zuordnen konnte, kam man auf 18 Prozent – 3,4 Prozent der Bevölkerung insgesamt.

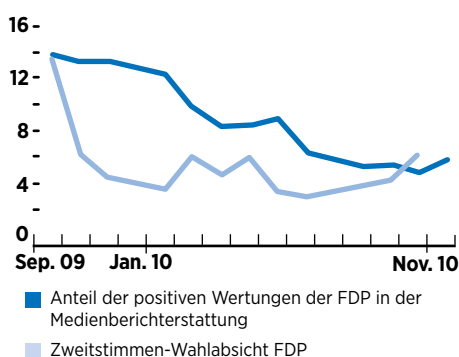
Zu diesem Ergebnis passt auch, dass auf die Frage „Glauben Sie, wir brauchen in Deutschland die FDP oder geht es auch ohne?“ im Herbst 2013 nur noch 19 Prozent antworteten, man brauche sie. Das war der niedrigste Wert seit mehr als 30 Jahren. Selbst in für die FDP äußerst schwierigen Wahlkämpfen wie 1982 und 1998 hatten immer noch deutlich mehr Befragte diese Antwort gegeben ([Grafik 2](#)). Als grobe Faustregel kann man festhalten, dass das Wahlergebnis der FDP meist etwa einem Viertel des Anteils derer entspricht, die die Partei für notwendig hielten (mit Ausnahme des Jahres 2002, als die FDP vermutlich wegen der Möllemann-Affäre in den letzten Tagen vor dem Wahltermin noch stark an Zustim-



Heute – Liberalismus = Vorgestern

Grafik 1: FDP: Medienberichterstattung und Zweitstimmen-Wahlabsicht

September 2009 - November 2010



Basis Berichterstattung: Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichten von ARD, ZDF und RTL, der Politikmagazine von ARD und ZDF, der Deutschlandfunk-Nachrichten (7.00 Uhr), der Bild-Zeitung sowie der Magazine Spiegel und Focus.

Quelle: Media Tenor

Grafik 2: Brauchen wir die FDP?

Frage: „Glauben Sie, wir brauchen in Deutschland die FDP, oder geht es auch ohne?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen

mung in der Bevölkerung verlor). Nach dieser Regel ist die Partei akut in Gefahr, wenn, wie im Jahr 2013 zum ersten Mal geschehen, der Anteil derer, die sagen, man brauche sie, auf unter 20 Prozent sinkt.

So könnte man meinen, dass nicht nur die FDP, sondern der Liberalismus in Deutschland insgesamt eine tiefe Krise durchmacht, dass liberale Positionen allgemein auf dem Rückzug sind. Doch das stimmt so nicht ganz. Und eben diese Tatsache lenkt den Blick auf eine andere, in der Öffentlichkeit wenig beachtete Ursache der Schwäche der FDP: ihre Niederlagen im Kampf um die Sprache.

Ebenfalls im Oktober 2013 legte das Institut für Demoskopie Allensbach seinen Befragten eine Reihe politischer Forderungen vor, die sämtlich als klassische liberale Standpunkte angesehen werden konnten. Die Befragten wurden gebeten, alle Forderungen herauszusuchen, die auch sie selbst unterstützten. Es zeigte sich, dass zahlreiche

Kernforderungen eines liberalen Parteiprogramms eine durchaus beachtliche Popularität hatten. Auch das Etikett „liberal“ hat für die Bevölkerung nach wie vor einen guten Klang: 47 Prozent der Bevölkerung sagten im Januar 2012, sie würden sich selbst als liberal bezeichnen, nur 24 Prozent bezeichneten sich ausdrücklich als nicht liberal. Doch bemerkenswert ist, wie sehr sich das Bekenntnis zum Liberalismus durch das gesamte politische Spektrum zog. Wie man erwarten konnte, stuften sich fast alle FDP-Wähler als liberal ein. Aber auch 60 Prozent der Wähler der Grünen und jeweils 50 Prozent der CDU/CSU- und SPD-Wähler bezeichneten sich als liberal. Selbst unter den Wählern der Linken gaben 40 Prozent diese Antwort. Dieser Befund legt die Frage nahe, wie viel die Vorstellungen der Bevölkerung von liberaler Politik noch mit den klassischen liberalen Prinzipien zu tun haben und in welchem Maße diese Vorstellungen noch mit der FDP in Verbindung gebracht werden.

Tabelle 1: Anhänger aller Parteien bezeichnen sich selbst als liberal

Frage: „Würden Sie sich selbst als liberal bezeichnen, oder würden Sie das nicht sagen?“

	Bevölkerung insgesamt	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Würde mich als liberal bezeichnen	47	50	49	93	60	40
Würde das nicht sagen	24	24	25	6	6	17
Unentschieden, keine Angabe	29	26	26	1	23	20
n =	1.904	464	355	28	225	92

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10085

Geht man dieser Frage nach, erkennt man rasch, dass sich die Vorstellungen der Deutschen von Liberalität von ihrem Bild der FDP unterscheiden. Auf die Frage „Wofür steht die FDP, wofür setzt sich die FDP besonders ein?“ antworteten im Jahr 2012 39 Prozent, die Partei setze sich für möglichst wenig staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ein. 34 Prozent sagten, die FDP wolle möglichst wenige staatliche Vorschriften und eine möglichst große Freiheit der Bürger. Jeweils 30 Prozent meinten, die Partei sei für mehr Eigenverantwortung und dafür, dass die Belastungen der Bürger durch Steuern und Abgaben sinken. Alle diese politischen Ziele kann man als liberal bezeichnen. Bemerkenswert ist aber, welche Punkte der Partei nur von einer kleinen Minderheit der Bevölkerung zugeordnet wurden: Dass die FDP sich für den Abbau von Subventionen einsetze, meinten nur 14 Prozent der Deutschen, dass sie sich um den Abbau von Staatsschulden bemühe, 13 Prozent, und nur 6 Prozent waren der Ansicht, die FDP setze sich besonders für Minderheiten ein. Aus Sicht der Bevölkerung war die FDP zuletzt also in erster Linie eine wirtschaftsfreundliche Partei, die sich auf das Thema Steuersenkungen konzentrierte. Andere Aspekte des Liberalismus wurden ihr weit weniger häufig zugeordnet.

Umgekehrt haben sich die Vorstellungen der Bevölkerung, welche politischen Ziele denn als liberal bezeichnet werden können, teilweise von den Prinzipien des Liberalismus entfernt. Dies zeigen die Antworten auf die ebenfalls im Januar 2012 gestellte Frage „Was verstehen Sie unter einer liberalen Partei, wofür sollte sich eine liberale Partei

Ihrer Meinung nach unbedingt einsetzen?“ 53 Prozent der Befragten antworteten, eine liberale Partei solle sich dafür einsetzen, dass es möglichst wenig staatliche Vorschriften und eine möglichst große Freiheit der Bürger gebe. Dieser Punkt wurde auch der FDP häufig zugeordnet. Doch schon an zweiter Stelle folgte die Aussage, eine liberale Partei müsse sich darum kümmern, die Unterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen. Zu den häufiger genannten Punkten gehörten auch „Einführung von Mindestlöhnen für alle Branchen“ (32 Prozent) und „Dass junge Familien mit Kindern vom Staat besser gefördert werden“ (31 Prozent). Diese politischen Ziele ordneten nur wenige Befragte der FDP zu, und sie wurden deutlich häufiger als wichtiges Ziel liberaler Politik genannt als die klassische liberale Forderung nach mehr Eigenverantwortung der Bürger (26 Prozent) (**Grafik 3**).

Anscheinend ist es der FDP in den vergangenen Jahren nicht gelungen, der Bevölkerung den Eindruck zu vermitteln, dass sie die Weltanschauung des Liberalismus in ihrer ganzen Breite vertritt. Und mehr noch: Sie hat es zugelassen, dass Teile des Begriffes mit Inhalten ausgefüllt wurden, die mit liberalen Prinzipien nicht in Einklang zu bringen sind und die die Bevölkerung nicht mit der Partei in Verbindung bringt.

Geblichen ist der FDP der Ruf, die Freiheit der Wirtschaft zu verteidigen. Doch eben dies stößt bei der Bevölkerung auf wachsendes Misstrauen. Man gewinnt den Eindruck, dass sich der Begriff des Liberalismus allmählich zerteilt. Er wird teilweise mit neuen Bedeutungen aufgeladen, die mit dem traditionellen Begriffsverständnis nicht

mehr viel zu tun haben. Dies ist der Punkt, den das eingangs erwähnte Zitat „Trenne die Wörter von ihrer Bedeutung, und die Welt gehört dir“ so treffend illustriert. Die FDP hat es zugelassen, dass man ihr ihre Schlüsselbegriffe entführt hat. Seit Jahren sind interessierte Akteure in Politik und Medien eifrig damit beschäftigt, den Inhalt des Begriffes „liberal“ auf das von den meisten Menschen nicht verstandene und wegen der Vorsilbe „neo“ als negativ empfundene Wort „Neoliberalismus“ umzuladen. Damit wird der positiv konnotierte Begriff „Liberalismus“ frei, um ihn mit verschiedenen Spielarten der Intoleranz und Gängelung anzureichern und diese dann als „wahren Liberalismus“ zu propagieren.

So entgleiten der FDP die von der Bevölkerung als positiv empfundenen Aspekte des Liberalismus, während ihr allein der in der öffentlichen Diskussion zunehmend diskreditierte Wirtschaftsliberalismus weiterhin anhaftet. Die Krise der FDP ist damit zwar nicht gleichbedeutend mit einer Krise des Liberalismus insgesamt, doch sie ist durchaus ein Indiz dafür. Wenn sie diese Entwicklung aufhalten will, muss die FDP entschlossener als bisher nicht nur um die Sache, sondern auch um die Deutungshoheit über die Begriffe kämpfen. ●



Der Kommunikationswissenschaftler und Meinungsforscher **PROFESSOR DR. THOMAS PETERSEN** ist Projektleiter beim Institut für Demoskopie Allensbach und übernimmt regelmäßig Lehraufträge an den Universitäten Krems an der Donau und Mainz.
Redaktion@libmag.de

Grafik 3: Vorstellungen von einer liberalen Partei und der FDP im Vergleich

Fragen: „Was verstehen Sie unter einer liberalen Partei? Hier auf der Liste ist einiges aufgeschrieben. Wofür sollte sich eine liberale Partei Ihrer Meinung nach unbedingt einsetzen?“ „Was meinen Sie: Wofür steht die FDP, wofür setzt sich die FDP besonders ein? Was von dieser Liste würden Sie nennen?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10085.

Phönix aus der Asche

Haben Sie's gemerkt?

Es gibt sie noch immer: die Hotelierssteuer. Jene berühmt gewordene Bagatelle aus der letzten schwarz-gelben Koalitionsverhandlung, für die ein ganzes Volk seine Liberalen als angebliche Klientelpartei zum Teufel schicken wollte, wurde von Schwarz-Rot nicht etwa abgeschafft. Mitnichten! Während das Volks-Vorurteil die Liberalen dafür heute noch gebetsmühlenartig abwatscht, lässt die GroKo diesen Aufreger von damals einfach stehen. Und keiner spricht auch nur darüber.

Vorurteile sind doch so schön bequem. Für die Ewigkeit. Und man muss gar nicht nachdenken.

Wirklich?

Oder tut sich da was? Ändert sich etwa doch etwas?
Fehlt da nicht doch etwas? In Berlin? Im Bundestag?

Tatsächlich, sie fällt auf: die Liberalismus-Lücke. In den gewöhnlich gut informierten Kreisen der Hauptstadt wird neuerdings darüber gesprochen, selbst in den Hamburger und Münchner Redaktionsstuben, da, wo die deutsche Meinung gemacht wird. Und sogar Ulrich Schneider, der ewige Rächer der Entrechteten und Liberalenfresser, ja, der mit den überbreiten Koteletten, soll schon mal laut darüber nachgedacht haben.

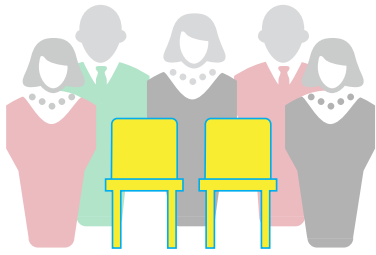
Also, wenn der schon – dann muss doch was dran sein ...

Deshalb: Weitererzählen, dass da gerade ungewohnte Töne zu hören sind, erste Noten einer neuen liberalen Melodie, nach mehr als einem Jahr schwarz-roter Kakophonie des Popduos Siggie und Angie. Lang ersehnte leise Weisen, die freiheitsliebende Herzen mitsummen lassen. Endlich merken die Frühmerker, dass Deutschland eine liberale Kraft braucht. Und zwar das Original, nicht so eine umgefärbte Kopie von Union, SPD, Grünen oder gar Linken. Und von dieser sogenannten Alternative brauchen wir nicht mehr zu reden. Das Echte muss es sein. Kein plumpe Plagiat!

Und was lehrt uns das?

Merke: Auch das blödeste Vorurteil macht irgendwann keinen Spaß mehr. Und dann wird wieder eine neue Sau durchs politische Dorf getrieben. Warten wir also auf die ersten Schlagzeilen: „Die Liberalen, wie Phönix aus der Asche!“

Karl-Ulrich Kuhlo



Meine Freiheit, deine Freiheit

Einige Beobachter spekulierten gleich nach der Bundestagswahl 2013: Die Grünen würden bald die Gelegenheit nutzen für den Versuch, das politische Erbe der FDP anzutreten. Der ließ nicht lange auf sich warten. Die grüne Parteispitze ging zunächst mit einem Papier in die Vorlage, das sie ganz unbescheiden „Die Farbe der Freiheit ist grün“ betitelte. Im Herbst 2014 folgte ein von der grünen Bundestagsfraktion veranstalteter „Freiheitskongress“ im Parlament. Der war äußerst gut besucht, zeigte aber auch: Außer ein paar Außenseitern und Marketingstrategen kann bei den Grünen mit Freiheit niemand etwas anfangen. // TEXT // **BORIS EICHLER**

Kennen Sie Nikolaus Huss? Nein? Ist nicht schlimm. Nikolaus Huss war Ende der 1980er-Jahre Geschäftsführer der Grünen in Baden-Württemberg und ist inzwischen Politikberater. Als sich Nikolaus Huss im Juli 2014 mit einem Blogbeitrag in die seit einigen Monaten andauernde Freiheitsdebatte der Grünen einschaltete, traf er in einer Zwischenbilanz den Nagel auf den Kopf: „Freiheit darf sein, wenn all die anderen Themen, Umweltschutz, Solidarität, demokratische Beteiligung, Inklusion, Bildungsgerechtigkeit und ein solidarisches Europa, ihre Claims abgesteckt haben. Die Grünen sind also für Freiheit, wenn sie vorher definiert haben, wo und wie Freiheit stattfinden darf.“ Um klare Worte nicht verlegen resümierte Huss: „Tatsächlich ist das Unfreiheit. Es erscheint mir wie ein Trick, das FDP-Wasser irgendwie auf die grünen Mühlen zu lenken.“

Zwei Monate später erwies sich der Text von Huss als selbsterfüllende Prophezeiung. Das Muster wiederholte sich auf dem Freiheitskongress. Wie schon in dem Papier „Die Farbe der Freiheit ist grün“ definierte die grüne Basis mit Herzenslust an der Freiheit herum. Und wie!

Man muss den Grünen nicht unbedingt attestieren, wie der *Spiegel* es getan hat, sie seien eine „Null-Komma-null-Ideen-Partei“ – es gibt viele grüne Ideen zur Freiheit, nur liberal sind sie allesamt nicht. Was auf dem Freiheitskongress ventiliert wurde, war urgrün. Und voller Misstrauen gegenüber der Kraft der Freiheit. Man suchte in den Panels vergebens nach Diskussionen, in denen es um die Schaffung neuer Freiheitsräume ging. Stets drehte sich alles um Maß und Methode, wie bereits bestehende Freiheitsräume künftig bearbeitet, sprich: eingeschränkt werden könnten.

Ein Freiheitsbegriff, der „auf einen schwachen Staat mit schwachen Institutionen“ abziele, sei einseitig und egoistisch. Man wolle stattdessen „eine starke, aktive BürgerInnengesellschaft“ mit hochwertigen und leistungsfähigen Institutionen – die selbstredend der Staat zur Verfügung stellt.

In einer Diskussionsrunde zum bürger-schaftlichen Engagement nahm die grüne „BürgerInnengesellschaft“ Gestalt an. Wer bislang dachte, eine lebendige Bürgergesellschaft zeichne sich durch lebendiges bürger-schaftliches Engagement aus, wurde eines

Besseren belehrt. Vielfach habe bürger-schaftliches Engagement staatliches Handeln ersetzt, so die Klage. Denn staatliche Zuständigkeit scheint in grünen Köpfen zugleich Normal- als auch Idealfall zu sein. Bezeichnend: Für großes Erstaunen im Saal sorgte eine Praktikerin aus dem Pflegebereich, die dem Publikum erläuterte, dass nicht jede soziale Tat von vornherein per Grundgesetz als Staatsaufgabe definiert ist. Nein, unsere Verfassung kennt keine Allzuständigkeit des Staates. Einer Vertreterin der Heinrich-Böll-Stiftung erschien es geradezu systemwidrig, gesellschaftliche Aufgaben der Gesellschaft zu überlassen und nicht dem Staat zuzuweisen. Als sei der Wille, seine Angelegenheiten selbst zu regeln, so etwas wie eine Marotte, äußerte sie Verständnis für Menschen, die fragten: „Wo möchte ich den Staat nicht bei mir haben, weil ich zum Beispiel aus einer autonomen Bewegung komme?“

Beispiel „Freie Wirtschaft“. Ein rotes Tuch für die meisten Grünen. Wohl deshalb hatte der Vorstand der Böll-Stiftung, Ralf Fücks, den Teilnehmern zum Kongressauftakt ins Stammbuch geschrieben: „Wenn das Stich-

wort ‚Markt‘ fällt, antworten wir mit ‚Regulierung‘, Unternehmertum verbinden wir gern mit Gier und Wettbewerb mit Rücksichtslosigkeit. Dafür gibt es allzu viele Belege. Dennoch verkennt diese Sicht die produktive Kraft, die in Marktwirtschaft und Unternehmergeist liegt.“

Konnten sich die Grünen diese Sichtweise zu eigen machen? Die Nagelprobe folgte wenig später in einem der Panels, das sich an das Thema „Marktwirtschaft versus Marktmacht“ heranwagte, doch die Diskussionen kreisten ausschließlich um Marktmacht und deren Beschränkung. Vorzüge freiheitlichen

Annäherung an den Bürger als Steuerzahler keine Spur - Eigentum hat bei den Grünen nur eine Dimension: Es ist zuerst einmal eine Verpflichtung. Und damit kein Eigentum mehr. Wer weiß schon, verstärkte sich hier der Eindruck, welche Farbe die Freiheit wohl hat. Ganz sicher ist: Die Farbe der grünen Wirtschaftspolitik ist nach wie vor Rot.

„Freiheit bedeutet Verantwortlichkeit; das ist der Grund, weshalb die meisten Menschen sich vor ihr fürchten“, lautet eine bekannte Äußerung des Schriftstellers George Bernard Shaw. Die Grünen haben, das zeigte sich bei ihrem Freiheitskongress,

endlich zur Vernunft kommen und sich einfach selbst versagen, was dem grün-nachhaltigen Lebensstil abträglich sein könnte.

Ob diese Einsicht jedoch die grüne Lust am Verbieten bremsen könnte, die sich auf dem Freiheitskongress in vielen Aussagen manifestiert hat? Das ist zweifelhaft, denn aus nahezu jeder Wortmeldung sprach ein kleiner Gesellschaftsingenieur, der durch Justierung dieser oder jener Stellschraube des Zusammenlebens seinen kleinen Beitrag zur Erschaffung des neuen Deutschlands leisten will.

Ein Deutschland, in dem alle friedlich miteinander umgehen, Menschen aller Hautfarben, Religionen und Vorlieben gute und verständnisvolle Freunde sind, es keinen Neid mehr gibt; ein Land, in dem keine Tiere geschlachtet werden, Unternehmer für die Gesellschaft arbeiten und nicht für Gewinne, in dem der Staat für frisches Wasser, Naturstrom, Verkehrsmittel, Grundeinkommen, Erziehung, Pflege und Weltfrieden sorgt, alle Nahrungsmittel um die Ecke und biologisch produziert werden und die durchschnittliche Außentemperatur bis in alle Ewigkeit bei 8,2 Grad Celsius liegt. Auf dem steinigen Weg dorthin wird es uns allen ein Trost sein, nach Herzenslust schlemmen zu dürfen, denn immerhin findet diese Formulierung Aufnahme in das grüne Parteiprogramm: „Was ich esse und was nicht, entscheide ich selbst nach meinem Geschmack.“



Wirtschaftens spielten, anders als von der Regie gewünscht, keine Rolle. Stattdessen brach sich enorme Kreativität Bahn bei der Nennung von Ideen, wie man Märkte zu regulieren habe. Renner dabei war die Forderung nach staatlich formulierten Allgemeinen Geschäftsbedingungen, breit debattiert wurde auch das Projekt der Zerschlagung der Deutschen Bank. Private Initiativen wurden manchmal, wie im Fall von Online-Plattformen und Sharing-Modellen, begrüßt, aber nur solange diese „keinen unternehmerischen Charakter“ annehmen. Von einer

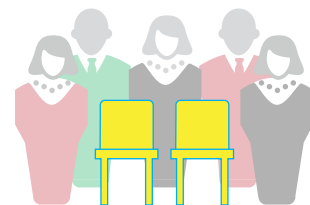
eine tief sitzende Angst vor der Freiheit der anderen. Es fehlt ihnen das Vertrauen, andere als sie selbst könnten verantwortlich mit Freiheit umgehen. Als Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, auf dem Freiheitskongress „aufgeklärte Selbstbeschränkung“ und „Einsicht ins Verzichten“ forderte, war dies nichts anderes als ein Hilferuf. Aus ihren Worten sprach der verklausulierte Wunsch, die Bundesbürger möchten die Grünen doch bitte durch Eigenverantwortlichkeit von der Last des Verbieten-Müssens befreien, indem sie

Wenigstens etwas. Die Führung der Grünen kann sich weiter an gefüllten Zucchini mit Couscous und Parmesan an buntem Mangold und Paprikasauce delektieren, dazu einen schönen Bio-Barolo. Wer Bratwurst mag, darf weiter Bratwurst essen - vorausgesetzt, er hat ein angemessen schlechtes Gewissen dabei. So sieht Freiheit aus, wenn ihre Farbe Grün ist. ●



Alles Marketing. **BORIS EICHLER** musste während des Kongresses immer wieder an den Werbeslogan eines Kreditkartenunternehmens denken: „Die Freiheit nehm' ich mir ...“. redaktion@libmag.de





Heute – Liberalismus = Vorgestern

Der Liberalismus ist tot? Ist er gottlob nicht. Denn ohne ihn hätte unser Leben schon zu früheren Zeiten düster ausgesehen. Und ohne ihn wäre die Zukunft auch nicht das, was sie sein sollte. Sechs Beispiele dafür, was uns im Falle seines Ablebens entgangen wäre und was uns künftig entgehen würde. // TEXT // **DETMAR DOERING**

Drei Dinge, die man ohne Liberalismus nicht hätte

Den Wohlstand

Wir vergessen so leicht: Elend und kurz war das Leben der Menschen in ihrer zwei Millionen Jahre dauernden Geschichte. Hungersnöte, Krankheiten und Unfreiheit prägten das Dasein. Das änderte sich nicht etwa durch christliche Barmherzigkeit, sondern dank der Ideen der Aufklärung und des Liberalismus. Seit 1820 hat sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Westeuropa fast verzwanzigfacht. In Deutschland verzehnfachte es sich seit dem Wirtschaftswunder. Inflationsbereinigt. Auch der Rest der Welt folgt. Überall sind die Menschen wohlhabender als vor 100 Jahren. Bildung, Lebenserwartung und vieles Positive mehr nehmen dramatisch zu.

Erstmals in der Geschichte herrscht Massenwohlstand – eine Erfolgsgeschichte! Grundbestandteile dieses Rezepts: Rechtsstaatlichkeit, Offenheit für Innovation, Wettbewerb, Freiheit und stabile Währungen. Wo diese liberalen Rahmenbedingungen bestehen, setzt Wohlstand ein. Die Deutschen haben dies vor nicht allzu langer Zeit zwei Mal erlebt: Nach der nationalsozialistischen „Sozialpolitik“, die durch Planwirtschaft, Enteignung jüdischen Eigentums, massive Schulden und räuberische Kriege bezahlt wurde, setzte nach dem Krieg im Westen Deutschlands das Wirtschaftswunder ein. Ludwig Erhard, 1948 auf Vorschlag der FDP zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsge-

bietes gewählt, ließ einen Tag vor der Währungsreform von 1948 über den Rundfunk verkünden, Zwangsbewirtschaftung und Preisbindungen seien für einen ersten Bereich industrieller Fertigprodukte aufgehoben. Das war der Auftakt für das Wirtschaftswunder und die Soziale Marktwirtschaft. Und nach der Revolution von 1989 waren jene Staaten des ehemaligen Ostblocks am erfolgreichsten, die am deutlichsten mit der kommunistischen Misswirtschaft brachen, etwa Estland und Polen. Dass ein Rückfall in die staatliche Spendier- und Schuldenwirtschaft schadet, das zeigt die Entwicklung seit der Eurokrise. Sie wird auf längere Sicht dafür sorgen, dass Europa unterhalb seiner wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten leben wird.

Den Bürger

Bürgerrechte sind kein Thema für Historiker. Zehntausende, die nicht Sklaven oder Leibeigene sein wollen, flüchten in diesen Wochen nach Europa. Waren bürgerliche Rechte einst nur wenigen vorbehalten, haben Liberale sie zum Allgemeinbesitz aller gemacht. In einer freien Gesellschaft ist jeder Mensch Bürger (Citoyen). Er ist es, der die politische Macht in der Demokratie kontrolliert, der sich selbst organisiert, statt auf die Obrigkeit zu warten. Die Genossenschaften, die Koalitionsfreiheit, politische Parteien – alles, was man heute „Zivilgesell-

»

schaft“ nennt, ist Ausdruck des freien und gleichen Citoyens. Wer jedoch behauptet, dies sei selbstverständlich und Standard, der ist ein Träumer. Unsere liberale Gesellschaftsordnung stellt auf dieser Welt noch immer eine Ausnahme dar.

Wir brauchen deshalb liberale Wachsamkeit statt selbstzentrierter Ignoranz. Privilegierung und Vorteilsnahme durch Politik sind keineswegs vom Erdboden verschwunden. Schleichend kommt sie immer wieder, wenn liberale Geister nicht aufpassen: die Privilegierung einiger zu Lasten vieler. Die Finanzkrise war ein einschlägiges Beispiel dafür. Mit lockerer Geldpolitik wurde der Finanzsektor bedient. Als die Blase platzte, brach die Krise aus. Schleichende Privilegierung bringt also Ungleichheit und wirtschaftliche Krisenanfälligkeit hervor. Bevor wir es zulassen, den Bürger als Bourgeois in Verruf geraten zu lassen, sollten wir daran erinnern, wer das Leben vorher bestimmte: Priesterkasten, Kriegerfürsten, Standesherrn – alles Menschen, die sich als Privilegierte nicht um ihren Broterwerb kümmern mussten und andere für sich arbeiten ließen. Heute sind es populistische Regierungschefs, Warlords und Ex-Revolutionäre, die von der Rechtsgleichheit des Citoyens nichts wissen wollen und auch nicht von der Anerkennung des Leistungsträgers, des unternehmerisch Tätigen und Erwerbstätigen als Träger der bürgerlichen Gesellschaft. Die „bourgeois dignity“ hat Teilhabe an den Früchten der Arbeit und eine Gesellschaft geschaffen, die auf einem starken Mittelstand und Mittelschichtswerten basiert. Wer den Quasi-Feudalismus in vielen Ländern und die erzwungene Proletarisierung im Sozialismus kennege-

lernt hat, weiß diese Tugenden zu schätzen. Deshalb gilt: Dass der Anteil derer, die heute von staatlichen Alimen-ten leben, steigt, ist nicht nur ein Versagen der Arbeitsmarktpolitik. Es ist auch eine Gefahr für die Bürgerlichkeit in unserer Gesellschaft. Ideal des liberalen Bürgers ist es, auf eigenen Beinen zu stehen. Nur liberale Politik kann das sichern.

Ein bisschen Frieden

Wo Güter die Grenzen nicht überschreiten können, werden es Armeen tun, so soll es ein liberaler Denker im 19. Jahrhundert gesagt haben. Wenn Liberale sich für Freihandel und Globalisierung einsetzen, dann tun sie das auch, weil beides zum Weltfrieden beiträgt. Offene Wirtschaften führen keine Kriege, weil durch sie die Interessen zwischen den Menschen verschiedener Länder verflochten sind. Schon 1794 erkannte Immanuel Kant in seiner Schrift vom „Ewigen Frieden“ das Bündnis von Demokratien als das friedenssichernde Instrument schlechthin an.

Mit diesen Rezepten im Gepäck haben Liberale tatsächlich mehr Frieden bewirkt. Die Freihandelsära in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war mit einem Rückgang von Kriegen in Europa verbunden. Und der Kalte Krieg gegen den Kommunismus wurde „gewonnen“, weil es starke Bündnisse freier Gesellschaften (NATO, EU) und mit der Entspannungspolitik eine geduldige und behutsame Öffnung gegenüber dem Ostblock gab. Und zur friedlichen Revolution von 1989 gab es noch die Deutsche Einheit dazu.

Drei Dinge, die man ohne Liberalismus nicht bekommen wird

Generationengerechtigkeit

Die einzige klare Zukunftsperspektive für die Jugendlichen von heute ist die, dass die Rentenrechnung der Babyboomer bei ihnen eintreffen wird. Zugleich nehmen wir den Jüngeren die Chance, Kapital für die Altersvorsorge anzusparen. Wer will schon Geld anlegen bei

0,2 Prozent Zinsen? Wer will noch solidarisch sein, wenn er weiß, dass seine Rente niedriger sein wird denn je und er dafür auch noch länger arbeiten muss als die heutigen Rentenempfänger? Die heutige Rentenpolitik ist ein großes Entsolidarisierungsprogramm. Wäre sie tatsächlich liberal, würde sie den Jüngeren Raum für die Selbstvorsorge lassen.

Wenn wir über Lebenschancen und Herausforderungen reden, müssen wir über eine neue Balance zwischen

individueller Freiheit und Sozialstaatlichkeit nachdenken. Dass Deutschland bei der Jugendarbeitslosigkeit besser dasteht als die anderen Länder Europas, liegt daran, dass der Arbeitsmarkt tatsächlich reformiert wurde. Entsprechend müssen wir auch über andere Bereiche offen und konstruktiv diskutieren. Über ein mit besseren Anreizen versehenes effizientes Gesundheitssystem. Oder über eine flexible Rente. Oder eine im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Oder über einen Abbau des Subventionsunsinns in der Energiepolitik, der heute die Ärmsten der Armen trifft. Unsere Probleme in den Bereichen Rente, Gesundheit und Energie sind Probleme der staatlichen Zwangsbewirtschaftung - nicht Probleme des freien Marktes. Und dass Sozialdemokraten jeglicher Couleur gerade jetzt über die Lockerung der Schuldenbremse diskutieren, wo es möglich wäre, die reichlich fließenden Steuermittel zum Sparen zu verwenden, ist beschämend für die Politik.

Die beste Bildung

Die Bildungspolitik in Deutschland ist zu lange nur als eine Frage der staatlich verordneten Schulformen diskutiert worden. Bildung wird immer mehr auf den Erwerb sozialer Kompetenzen verengt, während inhaltlich definierte Bildung im eigentlichen - also im humboldtschen liberalen - Sinne verdrängt wird. Die grundsätzlichen gesellschaftlichen Zielsetzungen einer guten Bildung geraten dabei nicht allzu selten aus dem Blick. Grundgedanke liberaler Bildungsvorstellungen ist eine den Werten der Aufklärung verpflichtete Gesellschaft freier und selbstverantwortlicher Bürger. Das verlangt eine Vielfalt an Bildungsformen und -inhalten, die der Vielfalt einer liberalen Gesellschaft gerecht wird. Das bedeutet mehr als nur bloße Wahlfreiheit. Es bedeutet Gestaltungsmacht der Bürger und eine Absage an die Bürokratisierung und Formalisierung des Schul- und Universitätsbetriebs, der mittlerweile vor allem Unmündigkeit und Kreativitätsmangel produziert.



... und den Wegfall vieler Kleinigkeiten, die sich summieren

Eine in ihren Grundzügen liberale Gesellschaft sorgt für ein angenehmeres Leben auch in den kleinen Dingen. Ohne Liberalismus würden die Geschäfte heute noch um 18 Uhr schließen. Wir könnten beim Bahnstreik nicht auf den Fernbus ausweichen. Mit mehr Liberalismus würden wir keine Schaumweinsteuer zahlen, die 1902 zur Finanzierung von Kaiser Wilhelms Flottenpolitik eingeführt wurde.

In der Summe machen auch Kleinigkeiten viel aus: Der gesetzliche Veggie-Tag ist nur vorerst vom Tisch, die deutsche Schlagerquote soll im Radio kommen (das Lieblingsprojekt der AfD), und die Grünen wollen Mopeds verbieten.

Ein Staat, der der Ansicht ist, ein Bürger könne nichts selbst entscheiden, ist nicht die Antwort auf die Herausforderungen unseres Lebens. Skepsis bei Staatsaufgaben, eine Ablauffrist für Regulierungen, eine Bewegung weg vom Angst- und Sicherheitsdenken hin zu einer Chancen- und Freiheitsmentalität - das kann man eben nur mit Liberalen kriegen. ●



DR. DETMAR DOERING
leitet das Liberale Institut,
den Think Tank der
Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit.
redaktion@libmag.de

FUNDSTÜCK

GEHE INS GEFÄNGNIS!



Monopoly steht wie kein zweites Spiel für den Kapitalismus. Hier aber sehen wir eine russische Version, über Twitter verbreitet durch Garri Kasparow. Der frühere Schachweltmeister und die jetzt wohl berühmteste Figur der russischen Opposition kommentierte dazu, in Putins Russland werde Monopoly eben ein wenig anders gespielt: „Egal wohin du gehst, selbst wenn du glaubst, dich an die Spielregeln zu halten – du landest im Gefängnis.“ Wladimir Jewtuschenkow sei der letzte Milliardär, der das gerade habe erfahren müssen. „Er war stets loyal“, so Kasparow, „und wurde dennoch verhaftet, sein Unternehmen wird in von Putin kontrollierten staatlichen Unternehmen aufgehen. Putin und sein engster Kreis sind immer auf der Suche nach frischem Geld und Vermögen, das sie erbeuten können, seit sie sich als in der Realwirtschaft unfähig erwiesen haben.“

Ein längeres Interview mit Kasparow finden Sie in Heft 4.2013 oder auf libmag.de.

WUTPROBE

Bedingt lieferbereit

// TEXT // DAVID HARNASCH

// ILLUSTRATION // ERNST MERHEIM

Wer in diesen Monaten in den Nahen Osten blickt, der muss feststellen: Die Kurden stehen im Kampf gegen den Islamischen Staat nicht nur auf der richtigen Seite, sie sind die richtige Seite. Sie sind, nebenbei bemerkt, außer den Juden auch das einzige Volk in dieser Weltengegend, das eigenverantwortlich eine halbwegs funktionstüchtige Zivilgesellschaft aufgebaut hat. Über den Ursprung des IS und seine Anziehungskraft auf Versager aus aller Welt könnte man lange philosophieren, doch wichtiger ist es zunächst, ihn zu besiegen. Und zwar besser heute als morgen. Da ist es einerseits erfreulich, wenn die Bundesregierung nach langem Zögern am 31. August beschließt, den Kurden Waffen zur Verfügung zu stellen. Dass diese Lieferungen erst am 6. November abgeschlossen sind, während in Kobane in den vergangenen Wochen unaussprechliches Leid nicht verhindert werden konnte, ist hingegen ein Skandal. Ich erwarte vom Staat nicht, dass er mich bei Kaufentscheidungen zu Glühbirnen und Staubsaugern drangsaliert. Ich erwarte lediglich, dass Justiz, Polizei und Militär funktionieren. Der Rest ist nice to have. Im Zuge der Unterstützung für die Kurden wurde erneut publik, in

welch erbärmlichem Zustand die Bundeswehr ist. Während Belgien zusammen mit den Niederlanden und Australien Angriffe gegen den IS fliegt, kriegen wir nicht mal zeitnah ein - niederländisches, denn eigene, die geeignet wären, besitzen wir ja nicht - Transportflugzeug in die Luft. Wenn sie wollte, könnte die Zürcher Feuerwehr Deutschland in einer Woche einnehmen. (Zum Glück haben die Eidgenossen bis auf Weiteres keine Verwendung für einen hypertrophen Failed State mit Meerzugang.) Deutschland produziert sensationelle Waffen und war stets erfinderisch darin, sie in alle Welt zu verkaufen. „Waffenexporteur“ ist praktisch Deutschlands zweiter Vorname. Panzerteile für Ägypten, Gewehre für Botsuana, Kampfpanzer für Indonesien, Feuerleiteinrichtungen für Katar, Maschinengewehre für Oman und Torpedoteile für Pakistan sind überhaupt kein Problem. Aber kurzfristig 600 Tonnen Material an die Kurden zu liefern, kriegt die Bundeswehr partout nicht auf die Kette. Die Hersteller hätten das in Nullkommanichts organisiert bekommen. Sollte die Kita-Ausstattung der Kasernen wirklich auf der höchsten Prioritätsstufe der Verteidigungsministerin sein? ●



Das Kreuz mit der Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit sei längst zu einer reinen Anspruchsnorm verkommen, die das Verteilen vor das Verdienen stelle, findet

Oswald Metzger auf der „Die Achse des Guten“. Die *liberal*-Leser wählten seinen Beitrag „Das Kreuz mit der Gerechtigkeit“ auf Platz 1 und damit Metzger zum „Autor der Freiheit“ des Monats August.



ZUR PERSON

Der Publizist und langjährige Politiker **OSWALD METZGER** war von 1974 bis 1979 Mitglied der SPD und von 1987 bis 2007 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen; seit April 2008 ist er Mitglied der CDU. Unverändert blieb seine ordoliberale Grundeinstellung. redaktion@libmag.de

Mehr zu den Autoren der Freiheit unter libmag.de

Wohl mit keinem Begriff wird in gesellschaftspolitischen Debatten mehr Schindluder getrieben als mit dem Wort „Gerechtigkeit“. Es hat sich zu einem Wieselwort entwickelt - inhaltsleer, wie ein vom Wiesel leer gesaugtes Ei, von dem nur die Schale übrig bleibt. Soziale Gerechtigkeit ist längst zu einer reinen Anspruchsnorm verkommen, die das Verteilen vor das Verdienen stellt.

Wie in der Streitfrage eines gesetzlich verordneten Mindestlohns: Immer wird mit dem Gerechtigkeitspathos argumentiert! Ein Mensch soll von den Früchten seiner Arbeit anständig leben können - egal, über welche berufliche Qualifikation er verfügt, gleichgültig, ob sich Kunden finden, die den dafür notwendigen Preis für Güter oder Dienstleistungen zu zahlen bereit sind. Schnäppchenjäger finden sich in allen Gesellschaftsschichten. Bei der Kaufentscheidung ist vielen der Wert der Arbeit gleichgültig. Aber den Mindestlohn befürworten laut Umfragen 80 Prozent.

Das ist Pharisäertum. Wie oft bekomme ich in Gesprächen mit, dass Durchschnittsbürger von der Pflege ihrer Eltern durch osteuropäische Frauen reden, die man für 1.000 Euro monatlich im Rund-um-die-Uhr-Dienst alle zwei bis drei Monate im Wechsel einsetzt. Wenn man deren Stundenlöhne ausrechnet und diese privaten „Arbeitgeber“ dann für den Mindestlohn verbal trommeln hört, dann wird ihr Einsatz für eine gerechte Entlohnung der Arbeit zur leeren Phrase. Damit ist aber auch das Ventil vorgezeichnet, in das hohe gesetzliche Mindestlöhne führen: Die Schattenwirtschaft wird blühen.

Die Forderung nach gerechten (= hohen) Löhnen ist das eine, die tatsächliche Bezahlbereitschaft das andere.

Bei den Mietpreisen, die der Staat jetzt gesetzlich deckeln will, der gleiche Gerechtigkeits-Unsinn: Wir erleben seit Jahren eine Flucht in Immobilien, die von der Nullzinspolitik der EZB als Folge der Eurokrise angeheizt wird und in einer Blase zu münden droht. Außerdem können wir als Folge des demografischen Wandels einen Trend zur Stadt beobachten. Ältere verkaufen ihre Einfamilienhäuser auf dem Land, wo sie um ihre Nahversorgung fürchten - und ziehen Eigentum in den Zentren mit kurzen Wegen und umfassender Infrastruktur vor. Wer diese beiden Megatrends mit einer Mietpreisbremse stoppen will, wird das Gegenteil bewirken. Investitionen in Mietwohnungen werden unrentabel. Damit verknappt sich das Angebot, und die Mieter bleiben bei der Wohnungssuche in den angesagten Städten komplett auf der Strecke.

Wer leidenschaftlich für Gerechtigkeit in einer Gesellschaft kämpft, der muss dafür sorgen, dass Menschen dazu instande sind, für sich selbst zu sorgen, und nicht auf die Alimentation durch die Gesellschaft spekulieren. Das bedeutet Bildungschancen für alle, egal wie groß oder klein der Geldbeutel der Eltern ist. Das bedeutet die Anerkennung der individuellen Einsatzbereitschaft auch durch ungleiche Einkommen. Denn wer unter der Flagge der Gerechtigkeit für Einkommensgleichheit plädiert, der unterminiert die Einsatzbereitschaft von vielen Millionen Arbeitnehmern wie Unternehmern. Und riskiert damit den Wohlstand der ganzen Gesellschaft. ●



Ausländer rein!

Ohne qualifizierte Zuwanderung droht Deutschlands Ökonomie der demografische Infarkt. In Hochtechnologiebranchen und im Gesundheitsbereich sind bereits heute massive Engpässe spürbar. Darum muss das Land noch deutlich stärker um ausländische Fachkräfte werben. // TEXT // **AXEL PLÜNECKE**

Der Wohlstand in Deutschland basiert zu großen Teilen auf exportstarken Hochtechnologiebranchen, in denen rund 60 bis 70 Prozent der Erwerbstätigen eine berufliche oder akademische MINT-Qualifikation (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) aufweisen. Analysen zum Arbeitsmarkt zeigen, dass vor allem in diesen Berufen, aber auch im Gesundheitsbereich bereits heute Engpässe bestehen. Betrachtet man die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland, so wird die demografische Herausforderung für die technologische Leistungsfähigkeit und die gesundheitliche Versorgung besonders deutlich: Im Jahr 2012

waren rund 13,4 Millionen Personen im Alter zwischen 45 und 54 Jahren. Zwischen dem Jahr 2025 und 2035 werden diese Personen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und müssen von den nachrückenden Jahrgängen ersetzt werden. Im Jahr 2012 waren jedoch nur 7,2 Millionen Menschen im Alter zwischen 5 und 14 Jahren, die im Zeitraum von 2025 bis 2035 in den Arbeitsmarkt eintreten werden. Ohne Zuwanderung würden folglich rechnerisch rund 6,2 Millionen Personen fehlen, um die im Zeitraum von 2025 bis 2035 aus dem Arbeitsmarkt ausscheidenden Kohorten zu ersetzen. Wenn aber nicht genug Fachkräfte zur Verfügung stehen, muss damit gerechnet werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung an Dynamik einbüßt.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, sowohl alle inländischen Fachkräftepotenziale optimal zu nutzen als auch Potenziale aus dem Ausland zu gewinnen. Hierbei wurden in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt, und Deutschland ist attraktiver für Menschen aus dem Ausland geworden. So wurde im August 2012 die „Blaue Karte EU“ eingeführt, die Akademikern aus Drittstaaten bessere Möglichkeiten bietet, in Deutschland zu arbeiten und mit ihren Familien zu leben. Besonders attraktiv sind die Zuwanderungsregeln für Akademiker in den Engpassbereichen MINT und Gesundheit sowie für Studierende aus dem Ausland, die in Deutschland ihren Hochschulab-

Fotos: A. Schellnegger/SZ Photo; T. Wegner/laif; privat

schluss erwerben. Zum 1. Juli 2013 wurden mit der neuen Beschäftigungsverordnung auch attraktive Zuwanderungsregeln für Fachkräfte aus Drittstaaten mit Berufsausbildung in Engpassberufen geschaffen.

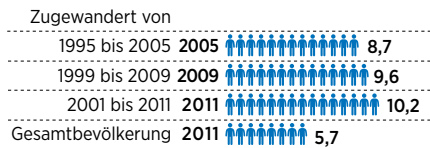
Die Zuwanderung nach Deutschland erreicht in den letzten Jahren Rekordwerte. Für das Jahr 2012 verzeichnet das Statistische Bundesamt eine Nettozuwanderung von rund 370.000 Personen; im Jahr 2013 sind sogar 437.000 mehr Personen nach Deutschland gekommen als das Land verlassen haben. Eine überaus hohe Nettozuwanderung ist auch für das Jahr 2014 zu erwarten.

Bereits die Zuwanderung der vergangenen Jahre führt zu großen ökonomischen Vorteilen. Die Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, sind im Durchschnitt jünger und weisen häufiger einen Hochschulabschluss auf als die inländische Bevölkerung. Der Akademikeranteil unter den Neuzuwanderern ist in den letzten zehn Jahren dabei deutlich gestiegen. Besonders häufig verfügen Zuwanderer über eine Engpassqualifikation. Der Anteil der Zuwanderer unter den erwerbstätigen MINT-Akademikern ist von 2005 bis 2012 von 13 auf 16 Prozent gestiegen.

Auch seit Einführung der „Blauen Karte“ zeigen sich große Erfolge bei der Fachkräftesicherung in Deutschland: Von Ende 2012 bis 2014 stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in akademischen MINT-Berufen bei Deutschen um 3,4 Prozent und bei Ausländern um 12,7 Prozent. Ähnlich hohe Zuwächse verzeichneten aber auch viele Drittstaaten wie beispielsweise Indien. Die für die Innovationskraft in Deutschland wichtigen MINT-Akademiker werden folglich zunehmend internationaler – will Deutschland im Feld der technologischen Innovationen Weltspitze

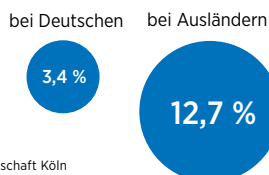
Viele Naturwissenschaftler und Ingenieure

Lesebeispiel: Im Jahr 2011 verfügte einer von zehn Erwachsenen, die in den letzten zehn Jahren zugewandert waren, über einen MINT-Hochschulabschluss.



Anteil von MINT-Akademikern an allen Erwachsenen (25- bis 65-Jährige) in Prozent
Ursprungsdaten: Mikrozensus

Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in akademischen MINT-Berufen von Ende 2012 bis 2014



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

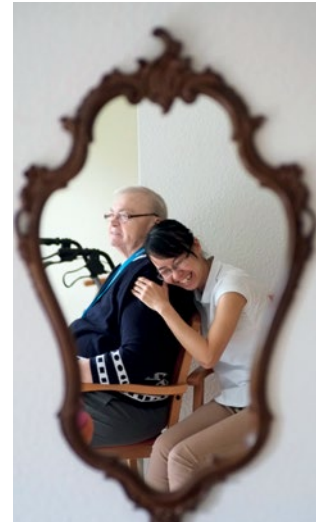
sein, müssen die weltweit besten Experten für Deutschland gewonnen werden.

Eine dauerhafte Erhöhung der Nettozuwanderung um 100.000 Personen bewirkt nach Berechnungen des Sachverständigenrates langfristig eine Erhöhung der jährlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2 bis 0,4 Prozentpunkte. Dies führt auch zu einer Stärkung der Steuerbasis, höheren Steuereinnahmen sowie einer geringeren öffentlichen Verschuldung pro Einwohner und in Relation zum BIP. Ein weiterer Vorteil: Da Zuwanderer im Durchschnitt jünger als die inländische Bevölkerung und immer besser in den Arbeitsmarkt integriert sind, unterstützen die zusätzlichen Einnahmen auch die umlageorientierten Sozialversicherungen.

Auch im Bereich Gesundheit und Pflege leistet Zuwanderung bereits heute einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung. Von allen in Deutschland tätigen Ärzten sind rund sechs Prozent Personen, die in den vergangenen zehn Jahren zugewandert sind. Bei den Altenpflegern beläuft sich die entsprechende Quote auf fast vier Prozent. Da die Alterung der Gesellschaft die Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegeleistungen sowie den Bedarf an entsprechenden Fachkräften weiter erhöhen wird, kann durch Zuwanderung die Versorgung mit entsprechenden Dienstleistungen besser gesichert werden.

Qualifizierte Zuwanderung leistet folglich einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Wohlstands der Menschen. Viele der Zuwanderer stammen aktuell aus Ost- und Südeuropa, wo der demografische Wandel in absehbarer Zeit ebenfalls zu Fachkräftengpässen führen dürfte. Daher sind zur Sicherung einer nachhaltigen qualifizierten Zuwanderung zusätzliche Anstrengungen nötig. So muss sich Deutschland noch stärker für ausländische Fachkräfte aus demografiestarken Regionen öffnen. Deutschland sollte sich als weltoffenes Land positionieren, das Menschen einlädt und Chancen bietet. Hierzu sind vor allem die Willkommenskultur in Deutschland zu stärken und eine aktive Ansprache potenzieller Zuwanderer im Heimatland anzustreben. Informationsangebote und Sprachkurse vor Ort können dabei helfen. Dazu sind die Potenziale von geringqualifizierten Zuwanderern durch Bildungsangebote und die von Flüchtlingen durch einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu heben.

Insgesamt steigen hierdurch die Chancen der Zuwanderer auf Teilhabe. Berechnungen des IW zeigen darüber hinaus, dass sich solche Maßnahmen auch für die öffentliche Hand langfristig lohnen und letztlich den Wohlstand aller erhöhen. ●



PROFESSOR DR. AXEL PLÜNNECKE arbeitet als Leiter des Kompetenzfeldes Humankapital und Innovation am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und lehrt an der Deutschen Hochschule für Prävention und Gesundheitsmanagement in Saarbrücken. Am IW untersucht er unter anderem die ökonomischen Effekte der Zuwanderung.

pluennecke@iwkoeln.de

Und ewig droht der Weltuntergang

Vater Staat ist zur Übermutter geworden: Statt selbst für unser Leben verantwortlich zu sein, werden wir wie Kleinkinder behandelt.

Alexander Neubacher erkennt dahinter ein Menschenbild, das uns Sorge bereiten sollte. *liberal* sprach mit dem Journalisten über sein neues Buch „Total beschränkt: Wie uns der Staat mit immer neuen Vorschriften das Denken abgewöhnt“. // INTERVIEW // **BORIS EICHLER**

ZUR PERSON

ALEXANDER NEUBACHER, geboren 1968 in Krefeld, hat Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln studiert und ist Absolvent der Kölner Journalistenschule. Er war Redakteur bei der *Wochenpost*, bei *Bizz Capital* und arbeitet seit 1999 als Wirtschaftsredakteur im Hauptstadtbüro des *Spiegel* in Berlin. Für seine Arbeit wurde er unter anderem mit dem Helmut-Schmidt-Journalistenpreis und dem Medienpreis der deutschen Kinder- und Jugendärzte ausgezeichnet.



liberal: Herr Neubacher, was würden Politiker mit ihrem Tag anfangen, wenn sie nichts mehr verbieten könnten? Die Hände in den Schoß legen?

Neubacher: Ich glaube, ein Gutteil der Ge- und Verbote geht darauf zurück, dass Politiker einen Arbeitsnachweis brauchen. Ein paar Verbote zu erlassen, das geht im Zweifel immer. Das Klimaproblem zum Beispiel wird sich nicht durch ein Verbot von Heizpilzen lösen lassen. Aber ein Heizpilzverbot erweckt den Eindruck, die Politik sei das Problem angegangen. Die Politik nutzt also einen einfachen, schnellen und bequemen Weg, um den Anschein zu erwecken, man hätte etwas getan.

Diese Methode scheint vor allem in Brüssel en vogue zu sein. Ein großer Teil der von Ihnen geschilderten Verbotsabsurditäten hat seinen Ursprung auf europäischer Ebene ...

Nicht unbedingt seinen Ursprung. Vieles wird über Bande gespielt, indem nationale Pläne in Brüssel umgesetzt werden, die dann wieder auf dem Spielfeld der Länder landen. Das ist eine beliebte Methode, weil die parlamentarischen Kontrollmechanismen in der EU nicht so wirkungsvoll sind wie auf nationaler Ebene. Überdies zeigen sich die Medien nicht so schnell alarmiert wie hier in Berlin. In den Entscheidungen aus Brüssel offenbart sich aber auch ein grundlegender Mangel der EU: Es liegt in der Logik des Binnenmarktes, dass alles, was für die Menschen in Nordfinnland gilt, auch für die Menschen in Zypern gelten muss. Wenn man Europa über einen Kamm schert, führt das dazu, dass ganz Europa beispielsweise zum Wassersparen verpflichtet wird, obwohl zwei Drittel des Kontinents gar kein Wasserproblem haben. Nennen wir es „gelebte europäische Solidarität“ - oder einen Strukturfehler.

„Der stets informierte, immer rationale und selbstbestimmt handelnde Verbraucher existiert im Alltag nicht.“ Diesen Satz zitieren Sie aus den Leitlinien der SPD-Bundestagsfraktion. In klaren Worten: Man hält uns alle - so auch der Titel Ihres Buches - für total beschränkt ...

Diese Formulierung ist eine Unverschämtheit. Man traut dem Verbraucher nicht zu, die richtigen Dinge in den Einkaufskorb zu legen. Ein Problem ist: Wer Verbote ablehnt, findet weniger Gehör als jene, die nach Verboten schreien. So ist das Geschäft. Wie soll man auch äußern, dass man nichts verändern will? Die mündige schweigende Mehrheit sollte vielleicht doch etwas besser darauf achten, nicht ihrer Passivität wegen unter die Räder zu kommen.

Sie schreiben vom „ökologisch-bürokratischen Komplex“, der diese Vielzahl an Vorschriften produziert. Klingt nach einem grünen Kern.

Wer felsenfest davon überzeugt ist, dass der eigene Lebensentwurf der selig machende ist, der kann fast gar nicht anders, als die Botschaft ständig in die Welt zu trompeten. Deshalb vertragen sich fast alle Formen von quasireligiösen Weltverbesserungsideologien so schlecht mit der Freiheit. Wie will man akzeptieren, dass sich jemand nicht an einen Plan hält, von dessen Richtigkeit man so sehr überzeugt ist? Das ist das zentrale Problem der ökologischen Bewegung. Sie glaubt zweifelsfrei zu wissen, was das Richtige ist. Deshalb fällt es ihr enorm schwer zu akzeptieren, dass andere das anders sehen. Es geht ja nicht um weniger als das große Ganze, um den drohenden Weltuntergang!

Ist es legitimes Mittel der Politik, Angst zu erzeugen, wenn es um die Rettung der Welt geht?

Die Ängste der Menschen zu mobilisieren ist ein hochwirksames Mittel, um Ver- oder Gebote zu legitimieren. Die Angst davor, im Schlaf zu verbrennen, nutzten bereits fast alle Bundesländer, um eine Rauchmelderpflicht einzuführen - wie sinnvoll das ist, steht auf einem anderen Blatt. Auch hinter solchen Entscheidungen stecken sehr oft Lobbyinteressen, was gerne übersehen wird. Schutz und Sicherheit sind sehr starke Argumente, gegen die man kaum angehen kann.

Da zeigen sich Parallelen zwischen Innen-, Rechts- und Umweltpolitik: Bedrohungen schildern und dann Sicherheit

versprechen - ein Markenzeichen sowohl der Union als auch der Grünen?

Eine von vielen Parallelen zwischen Union und Grünen - oder weitergefasst: zwischen Konservativen und Linken. Auch in Fragen der Tugendhaftigkeit und Moral besteht heute zwischen vielen ein Konsens, von denen man früher dachte, sie würden sich niemals verstehen. Da offenbaren sich bisweilen Haltungen, die an die 1950er-Jahre erinnern. Beispiel Prostitutionsverbot: Bei diesem Thema ist sich ein links-feministischer Flügel absolut einig mit der CSU. Auf den ersten Blick sind das skurrile Allianzen, aber nur auf den ersten Blick. Denn in beiden Bewegungen geht es darum, im Sinne eines höheren Ziels den Einzelnen zu beschränken.

Fünf der 77 irrsten Vorschriften

1. Ein Gymnastikball im Büro verstößt gegen die Unfallschutzvorschriften im Sinne von §4 Arbeitsschutzgesetz. Es bestehe „Roll-, Rutsch-, Kipp- und Sturzgefahr“, so ein Leitfaden der Berufsgenossenschaft.
2. Jedes Offshore-Windrad vor der Küste muss mit einem Kartenspiel ausgerüstet sein, falls Wartungsmonture wegen schlechter Witterung mal übernachten müssen.
3. „Die Ampel springt auf Grün. Der ideale Zeitpunkt für alle Fußgänger, jetzt loszugehen.“ (aus einer Broschüre der Stadt Düsseldorf zum Thema Fußgängerampel)
4. Auf einem Elektrofahrrad, das nur Ihren Pedaltritt unterstützt, dürfen Sie bis zu 1,6 Promille Alkohol im Blut haben. Auf einem Elektrofahrrad, das Sie auch im Leerlauf unterstützt, liegt die Promillegrenze bei 0,5.
5. Nach einem Umzug in ein neues Gebäude stellte die Agentur für Arbeit in Fürth fest: Einige Büros waren größer als die vorgeschriebenen zwölf Quadratmeter. Es wurden nachträglich Gipswände eingezogen; die abgetrennten Hohlräume darf niemand benutzen.

Sie hingegen zitieren Mill und Locke, verweisen auf das Prinzip des Selbst-Eigentums. Ein urliberales Prinzip, das kaum jemand kennt - weder in der Politik noch innerhalb der Bevölkerung.

In dieser Frage bin ich dogmatisch, obwohl sich Freiheit und Dogmatismus kaum vertragen. Wenn es darum geht, das Recht des Menschen an sich selbst zu verteidigen, muss man eine gewisse Kompromisslosigkeit an den Tag legen. Wenn der Staat sich in meine privatesten Dinge einmischt, muss ich ihm auf die Finger hauen.

Ganz nebenbei: Ihre Positionen dürften in der Redaktion des Spiegel kaum mehrheitsfähig sein ...

Der *Spiegel* ist tatsächlich ein sehr tolerantes Blatt. Rudolf Augstein hat zwar mal gesagt „Im Zweifel links“, aber ich finde: Im Zweifel ist der *Spiegel* für den Zweifel. Wohl die Hälfte meiner Kollegen hält meine Thesen für irre - aber man lässt mich gewähren. Die andere Hälfte findet gut, was ich mache. Ich habe keine Schwierigkeiten, meine Geschichten im *Spiegel* zu veröffentlichen. Gelegentlich werde ich sogar von oben dazu ermuntert.

Im Anhang Ihres Buches finden sich „77 irre Verbote“. Welches ist Ihr Lieblings-Verbot?

Das ist die sechste Änderung der Verpackungsverordnung. Darin wurde eine wichtige Sache geklärt, nämlich: Wie werden kaputte Kleiderbügel entsorgt? Das, so die Verordnung, kommt auf den Kontext des Erwerbs an. Hat man den Bügel zusammen mit dem Kleidungsstück gekauft, gilt er als Verpackung und kommt in die gelbe Tonne. Hat man ihn einzeln gekauft, gehört er in die Restmülltonne. Eine Meisterleistung der Bürokratie!

Und wo entsorgt man Drahtkleiderbügel, die man in der Reinigung mitbekommt?

Ach du Schande! Ich muss passen, ohne aber nun, womit sich die achte Novelle der Verordnung befassen wird. Für die siebte ist es bereits zu spät, die ist längst schon auf dem Weg. ●

„Lass dich morgen nicht entmutigen – gib niemals auf“

Friedrich Naumann
STIFTUNG **FÜR DIE FREIHEIT**

Der diesjährige Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist an **Helen Zille**, Ministerpräsidentin der südafrikanischen Provinz

Westkap und Vorsitzende der Democratic Alliance (DA), verliehen worden. Sie erhielt ihn für ihre Verdienste im langjährigen Kampf gegen Apartheid, Korruption und die Selbstbereicherung der politischen Elite in ihrem Land. Die Verleihung fand traditionsgemäß in der Frankfurter Paulskirche statt. Wir drucken einen Auszug aus der Dankesrede von Helen Zille sowie Zitate aus der Laudatio von Altbundespräsident Horst Köhler.

// FOTOS // **TINA MERKAU**

AUSZUG AUS DER REDE VON HELEN ZILLE

Ich fühle mich durch die Verleihung dieses Preises sehr geehrt und empfinde zugleich tiefe Dankbarkeit, dass meine Mutter Mila diese besondere Würdigung der Werte meiner Eltern noch miterleben darf. Diese Werte waren es, die sie in zwei Ländern zu Außenseitern machten: ihrem Geburtsland und ihrer späteren Heimat Südafrika zu Zeiten der Apartheid.

Vor 82 Jahren, als meine Mutter 14 war, kam Hitler an die Macht.

Das Leben der jungen, sensiblen Halbjüdin änderte sich in dem Maße, wie sich der Antisemitismus von reinen Vorurteilen zur offiziellen, gesetzlich verankerten Politik auswuchs. Meine Mutter erinnert sich an die Isolation - daran, von den Aktivitäten der Gleichaltrigen ausgeschlossen zu sein und dass ihr der Tennis- oder Ruderclub verwehrt waren. Diese Narben, die ihr in jungen Jahren beigebracht wurden, trägt sie bis heute, was Ihnen eine gewisse Vorstellung davon gibt, was diese sinnbildliche Umarmung durch ihr geliebtes Geburtsland für sie jetzt bedeutet. [...]

Die ethnischen Gruppen Europas (oder die Stämme, wenn Sie so wollen) haben über Jahrhunderte Grenzkriege geführt, aber im Großen und Ganzen haben alle Stämme von

den Deutschen bis zu den Griechen Mehrheiten in ihren Hoheitsgebieten gebildet. Das ist einer (aber nur einer) der Gründe, warum sie auf dem Weg zur liberalen Demokratie weiter vorangekommen sind als wir auf dem afrikanischen Kontinent. Die Grenzen auf unserem Kontinent haben wenig mit den Lebenswirklichkeiten vor Ort zu tun.

Wir haben in Südafrika elf ethnische Gruppen, die so verschieden sind wie die Deutschen und die Griechen, die aber in den Schmelztiegeln der Großstädte das Fundament einer neuen Nation legen. Die Menschen in den Großstädten beginnen, sich vor allem als

Südafrikaner zu fühlen, bevor sie sich als Schwarze oder Weiße, Xhosa, Zulu, Tswana, Venda, Swazi, Afrikaans, Ndebele, Seswati oder Pondo bezeichnen. [...] In Südafrika wird die Ethnizität durch Hautfarbe drastisch verstärkt, was die Sache noch komplexer macht. [...] Es ist entschieden einfacher, Menschen mit dem Argument der Gruppensolidarität und den Vorteilen der Gruppe zu gewinnen. Viele haben es versucht und sind daran gescheitert, diese Impulse auf einem Kontinent zu überwinden, dessen Geschichte die Ethnizität als Konfliktlinie verstärkt und ethnisch gefärbte Parteien als einzige Möglichkeit verankert hat, diesen Konflikt politisch auszutragen. [...]

Es gibt jedoch noch eine weitere Herausforderung. [...] Unser Land hat eine der liberalsten Verfassungen der Welt - aber die Rechte und Freiheiten, die sie gewährt, entfal-

HELEN ZILLE, geboren 1951 in Johannesburg, ist seit 2007 Vorsitzende der Democratic Alliance (DA) und seit 2009 Ministerpräsidentin der Provinz Westkap. Zille, Tochter deutschstämmiger Eltern, die Deutschland während der Nazizeit verlassen mussten, ist eine Großnichte des Berliner Milieumalers Heinrich Zille. Sie schloss ihr Bachelor-of-Arts-Studium an der Witwatersrand-Universität ab. Bevor sie sich in der Politik engagierte, arbeitete sie während der Apartheid für die liberale Tageszeitung *Rand Daily Mail*. In ihrer journalistischen Arbeit war sie eine führende Kritikerin des Apartheidregimes und deckte die Hintergründe des gewaltsamen Todes von Steve Biko auf, dem Gründer und Leiter der Black-Consciousness-Bewegung, der 1977 im Polizeigewahrsam umgekommen war. Sie ließ sich 1999 auf der Wahlliste für das Provinzparlament des Westkaps aufstellen, wurde gewählt und Bildungsministerin (bis 2001), dann Oppositionsführerin im Provinzparlament bis zu ihrer Wahl in das nationale Parlament im Jahr 2004. Von 2006 bis 2009 war Helen Zille Bürgermeisterin der Stadt Kapstadt.

Die Dokumentation mit umfassendem Material zum Freiheitspreis: www.freiheit.org/Freiheitspreis



Helen Zille testet die Bissfestigkeit der Friedrich-Naumann-Medaille.

Links: Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender, rechts: Jürgen Morlok, Kuratoriumsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

ten in großen Teilen des ländlichen Südafrikas keine Wirkung, wo die Stammesoberhäupter mit der Macht von Feudalherren regieren.

In einem Teil Südafrikas sind Frauen den Männern gleichgestellt. In einem anderen Teil kriechen sie auf dem Bauch und wenden ihren Blick ab, um ihren Respekt zu zeigen.

Es ist der zentrale Widerspruch unseres Landes, dass Jacob Zuma den Rechtsstaat genutzt hat, um das Amt des Präsidenten zum höchsten Stammesoberhaupt zu machen. [...]

Entgegen allen Erwartungen ist die einzige Partei, die seither bei jeder Wahl an Stimmen zulegen konnte, diejenige, die versucht, die Südafrikaner auf der Grundlage der gemeinsamen Werte unserer Verfassung zu einen. Bei den letzten Wahlen haben wir unsere Unterstützung landesweit auf 30 Prozent ausbauen können. [...]

Und wir hatten die unschätzbare Hilfe unserer Freunde, allen voran der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Sie haben zu uns gestanden, als wir bei der Wahl 1994 beinahe ausgeradiert wurden. Sie haben uns geholfen, wieder auf die Beine zu kommen, unsere Leute zu schulen, und unsere Sache auch in schweren Zeiten unterstützt. Durch Sie stehen wir und die Menschen Südafrikas tief in der Schuld der Deutschen, wegen der besonderen Rolle, die Sie in der jungen Geschichte unseres Lands spielen. [...]

Ich fühle mich sehr geehrt, dass Sie mit diesem Preis all die anderen ausgezeichnet haben, die diesen Wettlauf vor mir bestritten haben und die, die jetzt mit mir laufen und den Staffelstab künftig übernehmen werden.

Ich hoffe, dass der Weg mit uns für Sie genauso interessant wie auch herausfordernd war, und schließe mit einem südafrikanischen Appell: Ungandinwa Nangomso (Lass dich morgen nicht entmutigen, gib niemals auf). ●

LAUDATIO VON ALTBUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER:

„Wir brauchen in Deutschland mehr des Über-den-Tellerrand-Schauens, wir brauchen mehr Aufmerksamkeit für den afrikanischen Kontinent, wir brauchen **eine tiefere, globalere Auseinandersetzung mit verschiedenen Verständnissen von Freiheit**. Ich freue mich, dass die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Zeichen der Zeit erkannt hat, dass sie über den Tellerrand geschaut hat und Weitsicht bewiesen hat mit dieser Entscheidung.“

„Freiheit braucht Mut, denn **Angst ist der beste Freund der Unfreiheit**. Das Versprechen auf Glück kann die Freiheit nicht selbst einlösen; dafür braucht es Menschen, die etwas wagen, Menschen, die Verantwortung übernehmen, für sich selbst und andere.“

„Helen Zille kann nicht stillhalten, wenn sie Unrecht sieht, sie **verfolgt ihre Ziele mit preußischem Eifer**, und auch im politischen Alltag nimmt sie kein Blatt vor den Mund.“

„Helen Zille musste sich früh daran gewöhnen, **vom politischen Gegner als rassistisch bezeichnet zu werden**. Natürlich hat es eine traurige Ironie, dass ausgerechnet die Tochter von jüdischstämmigen Deutschen, die aus Nazi-Deutschland geflohen waren und es hassten, **von einem Staatsrassismus im anderen gelandet zu sein**, dass ausgerechnet die Anti-Apartheid-Aktivistin so angefeindet wird.“



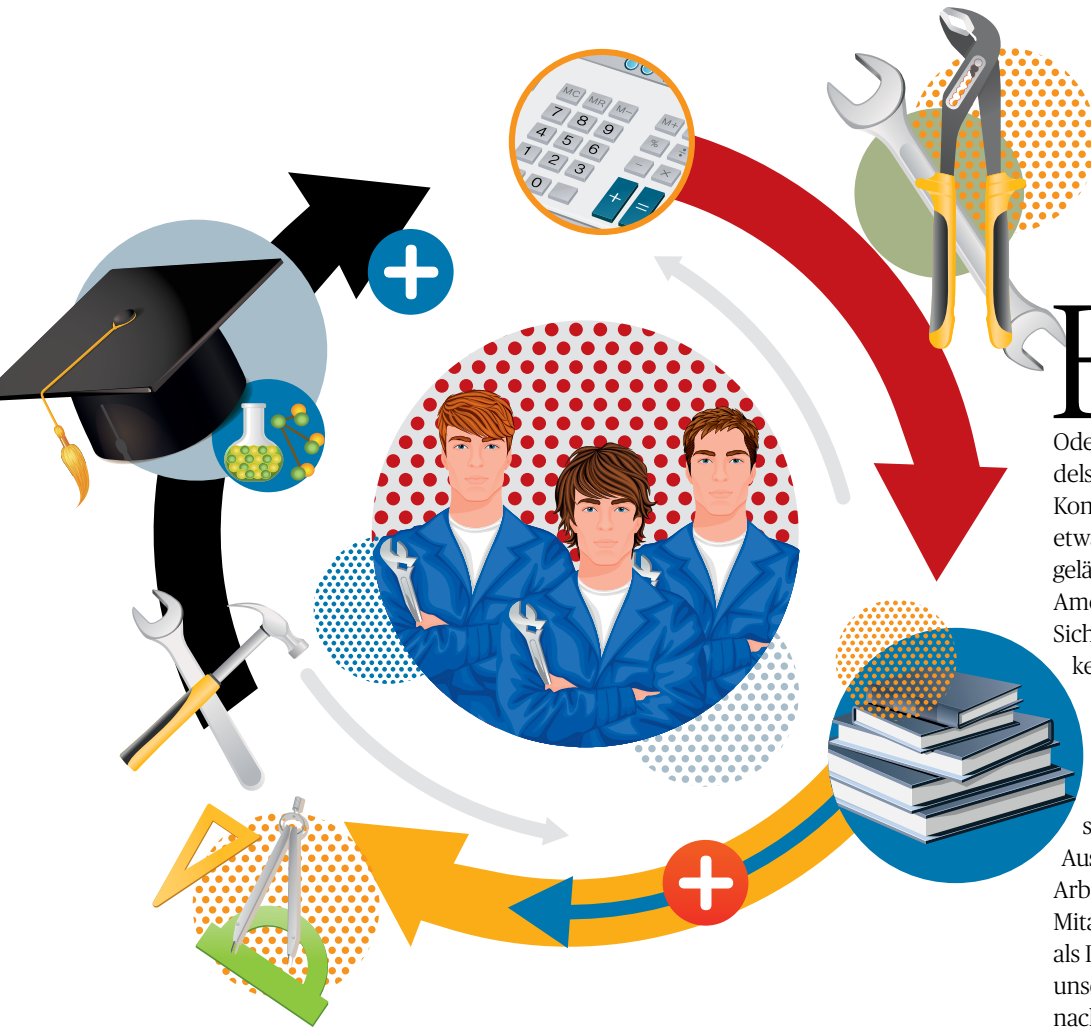




18. September 2014 in Berlin

Das Experiment „Gier frisst: FREIHEIT“ ist Teil des Konzeptes „Gier frisst:“ des Darmstädter Künstlers Ralf Kopp. Es untersucht anhand sozialer Plastiken im öffentlichen Raum, welche Kraft größer ist: die Kraft des Geldes oder die Kraft des aus Zehntausenden Ein-Cent-Stücken ausgelegten positiv besetzten Wortes. Es fand unter anderem im September in Berlin vor dem ehemaligen Kaufhaus Jandorf in der Brunnenstraße statt. **Das Wort FREIHEIT wurde aus 48.000 Ein-Cent-Stücken auf die Straße gelegt.** Jeder Buchstabe war circa 100 Zentimeter tief und 60 Zentimeter breit. Das Experiment wurde oft fotografiert, Passanten blieben häufig stehen und fingen an zu diskutieren. Sie fügten der sozialen Plastik immer wieder eigenes Geld hinzu. Manche dagegen waren unachtsam. Wenn sie über die Geld-Skulptur gelaufen oder gefahren waren, reagierten sie eher teilnahmslos. „Ach, egal“ war häufiger zu hören als: „Oh, das bringe ich wieder in Ordnung“. Weitere Auffälligkeit: Wenn die Installation soweit beschädigt war, dass das Wort unleserlich wurde, erodierte die Geld-Skulptur spürbar schneller – als ob das Wort FREIHEIT die Skulptur eine Zeit lang zu schützen schien.

Mehr Informationen, unter anderem eine Foto- und Videodokumentation, auf der Projektwebsite: www.gierfrisst.de



LEARNING AND DOING

Seit der Finanzkrise bemüht sich die Supermacht USA wieder um die Stärkung ihrer industriellen Basis – und entdeckt, dass sie dafür ihren Nachwuchs anders schulen muss als bisher. Großes Vorbild: das deutsche duale Ausbildungssystem. // TEXT // **CHRISTINE MATTAUCH**

Bier und Brezeln, Fußball und Lederhosen, BMW und Mercedes: Das ist es doch, woran Amerikaner denken, wenn sie Deutschland hören. Oder? Penny Pritzker, Barack Obamas Handelsministerin, fiel diesen Sommer bei einer Konferenz im Aspen Institut in Washington etwas anderes ein: Lehrlinge. „Wenn es gelänge, das duale Ausbildungssystem auf Amerika zu übertragen, wäre das aus meiner Sicht der wertvollste deutsche Exportartikel“, sagte sie.

Das war nicht nur Höflichkeit, sondern sehr ernst gemeint. Die USA, traditionell zurückhaltend gegenüber Regeln aller Art, beginnen sich für den deutschen Azubi zu begeistern. Festgelegte Ausbildungsprofile, Kooperation zwischen Arbeitgebern und Berufsschulen, junge Mitarbeiter nicht als Kostenfaktor, sondern als Investition – „das ist die Vorlage, die wir in unseren Gemeinden und Unternehmen nachbilden müssen“, findet Pritzker.

Für Amerika wäre das ein Paradigmenwechsel. Die Grundidee der Solidarität, die hinter dem deutschen System steht, ist dem dortigen Wirtschaftsleben fremd (siehe Interview). Gegenwärtig existiert lediglich ein rudimentäres Nebeneinander branchenspezifischer Schulungen, meist unter Schirmherrschaft der Gewerkschaften. Im vergangenen Jahr gab es in dem 300-Millionen-Einwohner-Land nur 375 000 junge Leute, die man als Lehrlinge bezeichnen könnte. Zum Vergleich: In Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern waren es 1,5 Millionen. Noch krasser ist der Unterschied bei den Abschlüssen: 52 000 in Amerika, in Deutschland zehnmal so viel.

Für die Politik in Washington war das Fehlen einer dualen Ausbildung lange Zeit kein Thema, auch weil der stetig wachsende

Dienstleistungssektor eher Hochschulabsolventen zu benötigen schien. Fabrikarbeit galt als Auslaufmodell. Doch seit der Finanzkrise bemüht sich die Supermacht wieder um Stärkung ihrer industriellen Basis - und entdeckt, dass sie dafür ihren Nachwuchs anders schulen muss als bisher. Die Industrieprodukte, deren Herstellung sich in einem Hochlohnland wie den USA lohnen, sind komplex und hochtechnisiert. Autoteile oder Werkzeuge etwa werden häufig mit Präzisionsmaschinen oder Industrierobotern gefertigt. Wie man die steuert und repariert, lernen Mechatroniker und Zerspansmechaniker in Deutschland theoretisch in der Schule und praktisch im Betrieb.

In den USA hingegen ist eine solche Kombination die große Ausnahme. Die Folge: Rund 600 000 Arbeitsplätze können nicht besetzt werden, so eine Studie von IHS Global Insight. Das Problem wird sich in den nächsten Jahren verschärfen, wenn sich die Babyboomer-Generation in den Ruhestand verabschiedet: In Amerika sind 2,7 Millionen Industriearbeiter 55 Jahre und älter.

Firmen greifen zur Selbsthilfe

Zu Recht sieht daher die Regierung Obama die duale Ausbildung als einen Weg, die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu senken. Sie liegt derzeit bei 14 Prozent, acht Prozentpunkte höher als in Deutschland. Erstmals stellt Washington daher in diesem Herbst 100 Millionen Dollar zur Verfügung, um Ausbildungen in der Industrie, im IT-Sektor und im Gesundheitswesen zu fördern. Und das ist erst der Anfang: Der Budgetentwurf des Präsidenten für 2015 sieht eine Investition von zwei Milliarden Dollar über fünf Jahre vor. Deutschland zeige schon lange, was möglich ist, sagt Pritzker, „das muss jetzt auch Standard in den USA werden“.



Wenn es gelänge, das **duale Ausbildungssystem** auf Amerika zu übertragen, wäre das aus meiner Sicht der wertvollste **deutsche Exportartikel**

PENNY PRITZKER,
US-Handelsministerin

Die Auslandstöchter deutscher Unternehmen sind an diesem Schwenk nicht unbeteiligt. Sie drängen schon lange darauf, den Fachkräftemangel systematisch anzugehen. Womöglich nehmen sie ihn, da sie die Verhältnisse zu Hause kennen, auch stärker wahr als ihre amerikanischen Kollegen. Bei einer Umfrage der Deutsch-Amerikanischen Handelskammern unter ihren Mitgliedern gab im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte an, nicht genügend qualifizierte Mitarbeiter zu finden.

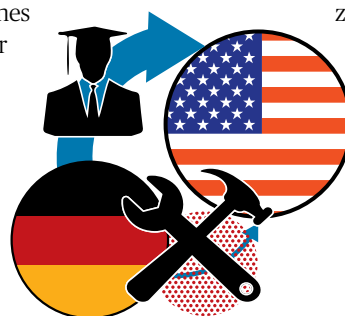
Einige haben zur Selbsthilfe gegriffen und damit demonstriert, was möglich ist. Stihl Inc. in Virginia Beach beispielsweise bildet bereits seit 25 Jahren seinen eigenen Nachwuchs aus - mit einer vierjährigen Lehre unter Anleitung eines Ausbildungsbeauftragten. Der Volkswagen-Konzern, der seit 2011 in Chattanooga (Tennessee) den Passat produziert, bildet an der werkseigenen Volkswagen

Academy jährlich 24 Mechatroniker aus. 300 Meilen weiter östlich, in Charlotte (North Carolina), schult Siemens in Zusammenarbeit mit dem Central Piedmont Community College jedes Jahr sechs Mechaniker.

Die Beispiele machen Schule. Dow Chemical etwa, mit 57 Milliarden Dollar Umsatz zweitgrößtes Chemieunternehmen der Welt, beteiligt sich zusammen mit Siemens an einem von der Obama-Regierung geförderten Pilotprojekt zu moderner Fertigungstechnik. Im Oktober kündigte Dow an, 2015 erstmals auszubilden - 60 junge Leute an fünf Standorten. „Wir brauchen dieses Instrument als Talentschmiede, damit wir weiter wachsen können“, sagt Dow-Personalchef Gregory M. Freiwald.

Für kleine Firmen ist so ein Entschluss schwieriger. Weishaupt America etwa, die US-Tochter der deutschen Weishaupt-Gruppe, beschäftigt in Elgin bei Chicago ein knappes Dutzend Servicetechniker. Sie installieren und warten hochwertige Brenner. Vor vier Jahren wagte CEO Norbert Hennrich den Versuch, zusammen mit dem örtlichen College einen Lehrling auszubilden. Der 23-jährige Chris hat heute eine feste Stelle bei Weishaupt. „Experiment geglückt“, sagt Hennrich. Doch es zeigte zugleich bestehende Grenzen auf. Zum Beispiel traten am College immer wieder Probleme auf, weil Chris der Einzige war, der bestimmte Kurskombinationen brauchte. „So ein Projekt benötigt eine breitere Basis“, sagt Hennrich.

Wie so etwas aussehen kann, zeigt das Programm „MAT2“, im vergangenen Jahr auf Vorschlag der US-Tochter des deutschen Automobilzulieferers Kostal ins Leben gerufen. Elf Unternehmen boten



„Da ist Pionierarbeit zu leisten“

Die US-Tochter des Esslinger Technikunternehmens Festo AG vertreibt Lernsysteme für die betriebliche Aus- und Weiterbildung. Sie expandiert und hat diesen Sommer den Dienstleister Lab Volt übernommen.

Insgesamt beschäftigt Festo Didactic in Nordamerika rund 260 Mitarbeiter.

Nader Imani, CEO von Festo Didactic Nordamerika, über Hürden und Chancen einer dualen Ausbildung in Amerika.

Die duale Ausbildung nach deutschem Standard genießt international hohes Ansehen.

Warum haben die USA das System nicht längst übernommen?

Die gesellschaftlichen Werte sind andere. Viele amerikanische Unternehmer verstehen zunächst nicht, warum es sinnvoll sein soll, drei oder vier Jahre in einen Mitarbeiter zu investieren. Zumal es keine Garantie gibt, dass er im Unternehmen bleibt. In Deutschland ist für viele die Einsicht selbstverständlich, dass die ganze Wirtschaft profitiert, wenn der Nachwuchs besser ausgebildet ist. In den USA ist dieses solidarische Denken nicht sehr ausgeprägt.

Aber amerikanische Unternehmen suchen doch auch nach Fachkräften.

Es stimmt, der Bedarf ist da. Ich habe kürzlich in Kentucky einen

Automobilzulieferer besucht, dessen Belegschaft innerhalb von vier Jahren von 400 auf 1400 Leute gestiegen ist. Er könnte weiter wachsen, findet aber keine qualifizierten Mitarbeiter mehr. Dieses Problem wird zunehmen.

In den vergangenen Monaten sind in zahlreichen Bundesstaaten Ausbildungsinitiativen entstanden. Gibt es also doch ein Umdenken?

Wir kennen diese Versuche und sind teilweise daran beteiligt. In Cincinnati beraten wir die Handelskammer bei dem Versuch, ein duales Ausbildungssystem zu etablieren, und in Mississippi führen wir Gespräche über die Gründung eines Lernzentrums für Ausbilder. Das Problem ist, dass die institutionelle Infrastruktur meist komplett fehlt. Wer stellt sicher, dass schulische Ausbildungsinhalte den Ansprüchen der Arbeitgeber entsprechen? Da muss Pionierarbeit geleistet werden.

Für ein privates Unternehmen ist Festo Didactic ungewöhnlich engagiert in dieser Aufbauarbeit. Weshalb?

Wir glauben an den amerikanischen Markt. Wenn wir politische Gremien beraten, ist das eine Investition, von der wir mittelfristig profitieren. Und schließlich lernen auch wir dazu. Unsere Seminare und Lernsysteme müssen in den USA didaktisch ganz anders aufbereitet werden als in Deutschland. Darauf haben wir früher zu wenig Rücksicht genommen.

insgesamt 30 jungen Leuten eine Ausbildung zum Mechatroniker, Informatiker oder Industriedesigner an; zwei kommunale Colleges übernahmen den Theorieunterricht. Der Staat Michigan finanzierte die Koordination. Schon im Pilotjahr gab es über 200 Bewerber. In diesem Jahr machen 20 Unternehmen mit, darunter alteingesessene Zulieferer wie Cadillac Products oder Pontiac Coil. Weishaupt-CEO Hennrich wundert das nicht: „Die amerikanischen Kollegen haben ja die gleichen Probleme wie wir.“

Azubis gehen auf Roadshow

Unterstützt wird MAT2 von der „Skills Initiative“ der Deutschen Botschaft und der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer. Die Förderer nutzen seit zwei Jahren runde Tische, Konferenzen und Workshops, um regionale Politiker und Business Communities von den Vorzügen der dualen Ausbildung zu überzeugen. Einmal gingen Ausbil-



Schon seit 25 Jahren: Ausbildung nach deutschem Vorbild bei Stihl in Virginia Beach.

der, Lehrlinge, Unternehmer und Verbandsleute sogar auf Roadshow und tourten durch sechs Bundesstaaten - offenbar mit Erfolg.

In Florida stellte Gouverneur Rick Scott diesen Sommer 1,15 Millionen Dollar für die Einrichtung von Trainingszentren zur Verfügung, die Ausbildungsprogramme nach deutschem Vorbild entwickeln sollen. Iowa verabschiedete ein „Apprenticeship and Job Training“-Gesetz,



das drei Millionen Dollar für die Schulung von Installateuren und Anlagenbauern bereitstellt. Und in Indiana werden regionale Arbeitsgruppen eingerichtet, die zwischen Unternehmen und Colleges Lehrpläne abstimmen. Für Indianas Wirtschaftsminister Victor Smith erst der Anfang: „Deutschland ist der Goldstandard.“

Ganz nebenbei würden mehr Facharbeiter auch helfen, eines der drängendsten gesellschaftlichen Probleme der USA zu mildern: die stetig zunehmende Ungleichheit und das Schrumpfen der Mittelklasse. „Eine betriebliche Ausbildung ist einer der wirkungsvollsten Wege für den Aufstieg in die Mittelschicht“, sagt Martin Walsh, Bürgermeister von Boston. Anders als ihre Altersgenossen, die aufs College gehen und sich dafür häufig hoch verschulden, werden Lehrlinge schließlich schon während ihrer Ausbildung bezahlt. Das durchschnittliche Gehalt für einen Anschlussjob beträgt laut Arbeitsministerium mindestens 50 000 Dollar pro Jahr.



Sauber wie in einer Zahnarztpraxis: Ausbilder Ken Langan mit dem Auszubildenden Demetri Caslin in der VW Academy in Tennessee.

Trotzdem hat Fabrikarbeit in den USA ein schlechtes Image. Viele Eltern potenzieller Azubis assoziieren mit Industrie einen Knochenjob an överschmierten Maschinen. Josh Moon, Ausbilder bei Stihl, weiß, was dagegen hilft: eine Führung durch die Produktion. „Die sind dann immer überrascht, wie sauber alles ist. Ich höre oft: Hier sieht’s ja aus wie in einer Zahnarztpraxis!“ ●



CHRISTINE MATTAUCH arbeitet als freie Journalistin in New York. Sie wäre nicht überrascht, wenn US-Bundesstaaten in einigen Jahren eine duale Berufsausbildung etabliert hätten. Nach ihrer Erfahrung zögern Amerikaner nicht lange mit der Umsetzung von Lösungen, die sie als gut erkannt haben. redaktion@libmag.de

„FÜR DIE, DIE GLAUBEN, SCHON ALLE ANTWORTEN ZU HABEN, GIBT ES GENÜGENDE ANDERE PUBLIKATIONEN.“



WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*

liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kammer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit viermal jährlich eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



Jetzt kostenfrei abonnieren

VIERMAL IM JAHR
liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

Online-Bestellung
www.libmag.de/abo/
oder QR-Code scannen



TTIP: FAKTEN STATT HORROR



// TEXT // KERSTIN BRAUCKHOFF

WEGWEISEND

In kaum einem anderen Land Europas ist eine vergleichbar negative Diskussion über das Transatlantische Freihandelsabkommen entbrannt wie in Deutschland. Dabei lassen sich die ideologisch motivierten Horrorszenarien durch Fakten leicht entkräften.

Seit Mitte 2013 verhandeln die Europäische Union (EU) und die USA über die geplante „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP). Ziel dieses Abkommens ist es, Handelsbarrieren abzubauen. Nicht nur Zölle beeinflussen den Handel zwischen der EU und den USA, sondern vor allem die sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnisse. So verzerren beispielsweise abweichende technische Standards, Vorschriften im Lebensmittel- oder Arzneimittelrecht oder auch unterschiedliche Zulassungsbedingungen für Kraftfahrzeuge oder Maschinen den transatlantischen Handel erheblich. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen können sich die zusätzlichen Kosten, die doppelte Prüfverfahren und den damit verbundenen bürokratischen Aufwand verursachen, oft nicht leisten und erleiden dadurch erhebliche Nachteile vor allem gegenüber großen Industriekonzerne. Die Beseitigung der tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse wird daher erheblich dazu beitragen, den transatlantischen Handel zu stärken, Investitionen zu erleichtern und damit Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

Während in den meisten Mitgliedsstaaten der EU und auch in den USA diese Chancen des Freihandelsabkommens klar erkannt werden, ist insbesondere in Deutschland eine Diskussion entbrannt, die TTIP und seine Folgen in einem negativen Licht erscheinen lassen. Einige der Argumente haben einen deutlich ideologischen Hintergrund und müssen auch als solche verstanden werden, andere Argumentationen sind weitaus differenzierter und bedürfen einer ebenso differenzierten Begegnung.

Die zentralen Aspekte der Kritik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

TTIP macht die kleinen Unternehmen kaputt.

Das Gegenteil ist der Fall:

TTIP stärkt vor allem den Mittelstand. Denn während Großkonzerne schon heute über das personelle und technische Know-how verfügen, ihre Produkte an die unterschiedlichen Anforderungen im europäischen und amerikanischen Markt anzupassen, ist dies für mittelständische Unternehmen meist mit zu hohem Aufwand verbunden. Kein Wunder, dass vor allem Vertreter von Großkonzernen TTIP kritisieren. Eine Angleichung von Anforderungen ermöglicht es dem Mittelstand, künftig seine Produkte auf beiden Märkten anzubieten. Und damit auch in Wettbewerb zu den Großkonzernen zu treten, die heute nahezu ungehindert den transatlantischen Handel dominieren. Neben den positiven wirtschaftlichen Effekten hat TTIP daher auch einen sehr großen positiven Effekt auf den Wettbewerb zwischen den Unternehmen, der letztlich durch Preissenkungen oder Qualitätssteigerungen der Produkte dem Verbraucher zugutekommt.

TTIP senkt unsere Standards beim Verbraucherschutz.

Das GEGENTEIL IST DER FALL:

Unser Verbraucherschutz steht nicht zur Disposition. Diese Bedingung ist im Mandat zur Verhandlung festgehalten worden. Dies gilt sowohl für die EU als auch für die USA, in denen zum Teil deutlich strengere Lebensmittelvorschriften gelten, zum Beispiel für die Kennzeichnung von Zusatzstoffen und Fetten oder für den Import von Milchprodukten. Das europäische „Chlorhühnchen-Verbot“ übrigens dient nicht dem Verbraucherschutz, sondern soll den europäischen Markt abschotten. Das Bundesinstitut für Risikobewertung vertritt wie die gesamte Wissenschaft die Auffassung, dass mit Chlordioxid behandeltes Hähnchenfleisch für den Verbraucher nicht gesundheitsschädlich ist und in Sachen Keimfreiheit sogar Vorteile bringt. Auch die Hersteller und Unternehmer legen Wert auf hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards. Denn nur dann können sie ihre Produkte auf den Märkten verkaufen, die sowohl in der EU als auch in den USA zunehmenden Ansprüchen genügen müssen. Dies gilt nicht zuletzt auch für Anforderungen der Verbraucher an eine verantwortliche Unternehmensführung, an Einhaltung von Arbeitsschutzstandards oder Umweltstandards. Nur hoch qualitative Produkte können langfristig auf dem transatlantischen Markt verkauft werden. Zugleich übernehmen sie eine Vorbildfunktion für Standards von Produkten beispielsweise aus Schwellenländern.

TTIP ist schlecht für Arbeitnehmer.

Das Gegenteil ist der Fall:

Das Abkommen wird den Arbeitsmarkt stärken und sich positiv auf die Einkommen auswirken. Da vor allem für mittelständische Unternehmen ein sehr großer neuer Absatzmarkt entsteht, können sie die Produktionssteigerung nur mit neuen,

zusätzlichen Arbeitsplätzen bewältigen. Dabei stehen die von der EU respektive deren Mitgliedstaaten festgelegten Arbeitnehmersstandards genauso wenig infrage wie die Tarifautonomie in Deutschland. Es gelten die Bestimmungen, die in Deutschland für die Lohnfindung maßgeblich sind, das Freihandelsabkommen regelt lediglich handelspolitische Bestimmungen. Neue Arbeitsplätze sorgen zudem für positive Effekte in den öffentlichen Haushalten, sodass diese infolge zusätzlicher Steuereinnahmen entlastet werden und Raum für notwendige staatliche Investitionen zum Beispiel in Bildung oder Infrastruktur entsteht.

TTIP nützt vor allem den USA.

Das Gegenteil ist der Fall:

TTIP stärkt beide Seiten und dazu die transatlantische Partnerschaft – ein erheblicher Beitrag zur Stabilität in den internationalen Beziehungen. Gerade vor dem Hintergrund aktueller außen- und sicherheitspolitischer Konflikte sowie globaler Machtverschiebungen ist das transatlantische Freihandelsabkommen auch geopolitisch ein Bekenntnis zu demokratischen Werten, zu Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Der Freihandel schafft ein Netzwerk von friedlicher gegenseitiger Kooperation und Zusammenarbeit und trägt somit erheblich zur Stabilität im internationalen System bei.

Die Verhandlungen zu TTIP entsprechen nicht demokratischen Anforderungen an Öffentlichkeit und Transparenz.

Da ist etwas dran; dem kann aber abgeholfen werden.

Dort, wo dies in den Verhandlungen bisher nicht ausreichend kommuniziert wurde, muss über eine andere Form der Öffentlichkeitsarbeit nachgedacht werden. So sollten Dokumente grundsätzlich öffentlich sein und Ausnahmefälle

begründet werden müssen. TTIP sollte als gemischtes Abkommen verabschiedet werden, bei dem sowohl die EU als auch deren Mitgliedsstaaten Vertragspartner sind. In Deutschland muss dann eine Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat erfolgen. Auch das Europäische Parlament und die Parlamente der übrigen Mitgliedsstaaten der EU sollten bei der endgültigen Verabschiedung des Abkommens den Verhandlungstext und die Regelungen, über die sie abstimmen, möglichst weit im Vorfeld der Öffentlichkeit zugänglich machen. So wird die größtmögliche Transparenz geschaffen.

FAZIT: Das transatlantische Freihandelsabkommen ist ein eindrückliches Beispiel dafür, dass jeder Impuls in Deutschland eher auf Angst und Bedenken stößt und nicht im Hinblick auf seine Chancen bewertet wird. Liberale, auf internationalen Wettbewerb ausgelegte Freihandelspolitik und ökologische, verbraucherrechtliche und soziale Standards schließen sich nicht aus. Vielmehr gehen sie Hand in Hand und können letztlich wegweisend sein für eine Entwicklung, die als Grundlage für den über die EU und die USA hinausreichenden Handel hin zu einer liberalen Welthandelsordnung dienen kann. ●



DR. KERSTIN BRAUCKHOFF studierte Politikwissenschaften, Philosophie und Psychologie in München und ist im Liberalen Institut Referentin für die Themen Europapolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik.
redaktion@libmag.de



ZUFÄLLIG ERFOLGREICH

Die Geschichte zeigt, dass gerade die erfolgreichsten Menschen oftmals Weltmeister im Scheitern waren. Wenn Sie also mehr Erfolg haben wollen, müssen Sie bereit sein, mehr Fehlversuche in Kauf zu nehmen. // TEXT // **VINCE EBERT**

Kürzlich sagte Lady Gaga in einem großen GQ-Interview: „Ich bin nicht zufällig berühmt geworden.“ Dem Männermagazin erklärte sie ausführlich, dass sie seit ihrer Kindheit hart und geplant an ihrer Karriere gearbeitet hat. Auch in Buchhandlungen finden Sie unzählige Bücher mit Titeln wie „Wie werde ich erfolgreich?“ Meistens wird darin ein erfolgreicher Macher vorgestellt, der bestimmte Eigenschaften hat: Mut, Risikobereitschaft, Fleiß. Daraus wird dann gefolgert: Wenn auch Sie diese Eigenschaft haben - läuft's mit der Karriere!

Klassischer Statistikfehler. Wir wissen nämlich nicht, wie viele Menschen ebenfalls Mut, Risikobereitschaft und Fleiß hatten - und gescheitert sind. Und zwar aus einem einzigen Grund: Erfolgreiche Menschen schreiben keine Erfolgsbücher. Ich habe nachgeguckt. Sie finden auf Amazon keinen einzigen Buchtitel „Warum ich's nicht geschafft habe“, „In 12 Schritten zum Loser“, „Trotz Einser-Abi in der Gosse“. No way!

Vielleicht war ja Lady Gagas Erfolg reiner Zufall? Der tritt ziemlich häufig auf. Es gibt unzählige Erfolgsgeschichten, die auf Zufall basieren. Porzellan wurde erfunden, weil die Alchemisten eigentlich Gold herstellen wollten. Tesafilm sollte ursprünglich Heftpflaster werden. Viagra wurde entdeckt, weil männliche Versuchspersonen ein Herzmedikament in der Testphase partout nicht mehr absetzen wollten.

In der Rückschau erscheinen uns viele erfolgreiche Entwicklungen in sich total logisch, strategisch geplant und voraussagbar. Aber eben nur in der Rückschau. Hätten Sie vor 30 Jahren auf Apple gewettet? Oder wenn uns vor zehn Jahren jemand gesagt hätte: „Ihr werdet irgendwann mal in schicke Designerläden gehen und kleine Aludöschen mit Kaffeepulver drin für 3,50 Euro kaufen!“ Wir hätten doch alle geantwortet: „Was für eine beknackte Idee!“ Warum machen wir das? Wir machen es, weil es so bequem und so lecker ist. „Quatsch“, sagt meine Frau. „Weil vielleicht der George Clooney vorbeikommt!“

*Ihr werdet
irgendwann mal
in schicke
Designerläden
gehen und
kleine
Aludöschen mit
Kaffeepulver
drin für 3,50
Euro kaufen.*



Insgeheim gehen wir alle davon aus, dass die meisten Dinge in unserem Leben grundsätzlich planbar sind. Das gilt vor allem für Menschen in Führungspositionen. Die Job-Description von Top-Managern oder Politikern ist eng verbunden mit der Fähigkeit, komplexe Systeme kontrollieren und steuern zu können. Aber genau das ist eine Illusion! Ein alter Schulfreund von mir ist inzwischen Top-Controller in einem großen Konzern und auch privat ein totaler Kontrollfreak: Firewalls, Antivirusprogramme, versichert bis unter die Hutschnur. Alarmanlage. Irgendwann war seine Wohnung ausgeräumt und die Konten geplündert. Von der eigenen Frau.

Je mehr wir ein komplexes System kontrollieren wollen, umso planmäßiger trifft uns der Zufall. Großprojekte wie die Energiewende zeigen sehr klar, wie sich Tausende von Menschen, Expertengremien und Planungsstäbe in ihren Voraussagen komplett ver- und überschätzt haben. Wenn der Berliner Senat vor 13,8 Milliarden Jahren mit der Durchführung des Urknalls beauftragt worden wäre, dann würde dort noch heute über die Brandschutzverordnung diskutiert.

Der Nobelpreisträger Friedrich von Hayek sagte einst über sein Fach: „Ökonomie besteht darin, dem Menschen vor Augen zu führen, wie wenig er wirklich über das weiß, was er planen zu können glaubt.“ Das ist mit das Intelligenteste, was jemals über Ökonomie gesagt wurde.

Wie also können wir in einer komplexen, unberechenbaren Welt überleben? Betrachten wir dazu das erfolgreichste System auf unserem Planeten: die Evolution. Die Evolution ist deswegen so erfolgreich, weil sie auf Trial & Error beruht. Und weil sie sich das Prinzip des Zufalls zunutze macht: Durch geschlechtliche Vermehrung entstehen bei den Nachkommen immer wieder kleine, zufällige Veränderungen im Erbgut - sogenannte Mutationen. Und wenn eine solche Mutation dazu führt, dass man ein bisschen besser im Leben zurechtkommt, dann erzeugt dieser »



*Edison hat
9.000
verschiedene
Glühbirnen
gebaut, bis sie
endlich
funktionierte.*

Mutant auch ein paar Nachkommen mehr und das Merkmal setzt sich mit der Zeit durch. So hat sich zum Beispiel die Büffelhaut entwickelt. Weil Büffel ohne Haut immer wieder auseinandergefallen sind.

Die Evolution hat keinen übergeordneten Masterplan, sie probiert aus, sucht kontinuierlich nach neuen Lösungen und passt sich dadurch immer besser den äußeren Gegebenheiten an. Erfolgreiche Unternehmen machen das genauso. Vor einigen Jahren hat der Shell-Konzern eine Untersuchung durchgeführt, was besonders langlebige Unternehmen ausmacht. Ergebnis: Die robustesten Unternehmen sind nicht die effizientesten, sondern jene, die besonders aufgeschlossen gegenüber Neuem sind, die kontinuierlich lernen. Die die Bereitschaft haben, sich zu verändern. Denn Innovationen lassen sich nicht vorhersagen und Kunden verhalten sich selten so, wie es im Businessplan steht.

Kennen Sie iFart? Das war eine Zeit lang die meistverkaufte App fürs iPhone. Und alles, was diese App konnte, war Furzgeräusche imitieren. Und nun stellen Sie sich einen Kollegen in Ihrem Unternehmen vor, der bei einem Innovationsworkshop ein solches Produkt vorstellt. Würden Sie seinen Vorschlag weiterverfolgen? Natürlich nicht. Die Idee ist albern und kindisch - aber äußerst erfolgreich.

Und sie hätte auch in die Hose gehen können. Aber wer Erfolg haben will, muss bereit sein, Fehler zu machen. Doch gerade das fällt speziell uns Deutschen ziemlich schwer. Fehler zuzugeben wird bei uns mit komplettem Versagen gleichgesetzt.

Ironischerweise zeigt die Geschichte, dass gerade die erfolgreichsten Menschen oftmals Weltmeister im Scheitern waren: Steve Jobs hat in seiner Karriere zig Flops produziert. Edison hat 9.000 verschiedene Glühbirnen gebaut, bis sie endlich funktionierte.

Wenn Sie also mehr Erfolg haben wollen, müssen Sie bereit sein, mehr Fehlversuche in Kauf zu nehmen.

Für den typisch deutschen Planungsfetischisten ist das die vollkommene Katastrophe. Denn der glaubt ja, je komplexer ein System ist, desto MEHR muss man kontrollieren. Da pfercht man auf Bahnhöfen unschuldige Raucher in aufgemalte Quadrate, um zu verhindern, dass sich die Giftstoffe mit der Umgebungsluft vermischen. Ungefähr so sinnvoll, wie ein Schwimmbecken in Pinkler und Nichtpinkler zu unterteilen.

Viele unserer Top-Manager würden eher eine Firmenpräsentation ohne PowerPoint halten, als etwas Neues, etwas Unorthodoxes zu riskieren. Der Erfolg scheint uns Recht zu geben. Wir sind Weltmarktführer in Betonpumpen, in Hundeleinen oder Zahnarztstühlen. Doch wenn es um echte Megatrends geht, hinken wir der internationalen Konkurrenz meilenweit hinterher. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben Google, Apple und Facebook einen höheren kumulierten Unternehmenswert geschaffen als Allianz, Daimler, Deutsche Bank, Lufthansa, Telekom und ThyssenKrupp zusammen.

In Wirklichkeit werden die großen Ideen der Zukunft anderswo geboren. Nur zwei deutsche Anbieter können noch im Wettbewerb der 100 weltgrößten Technologiekonzerne mithalten: T-Systems und SAP. Bei Smartphones, Apps und Big Data fällt uns überhaupt nichts ein. Nur vier Prozent aller deutschen Erwerbstätigen können sich vorstellen, ein Unternehmen zu gründen. Hauptgrund: die Angst vor dem Scheitern.

Und natürlich ist Scheitern ein beängstigender Prozess. Andererseits sind wir das kreativste Lebewesen auf diesem Planeten. Die Sumerer erfanden das Rad, die Babylonier die Metallverarbeitung, der Baden-Württemberger den Bausparvertrag. Ohne die Erfindung der Glühbirne müssten wir heute noch bei Kerzenlicht fernsehen.

Dabei bin ich keinesfalls gegen Effizienz. Eine Produktionsstraße im Automobilbau muss hocheffizient aufgebaut sein, damit die Kosten gering bleiben. Aber wenn diese McKinsey-hafte Kosteneffizienz alle Bereiche des Unternehmens durchdringt, würgt man damit die Kreativität ab. Denn Kreativität ist das genaue Gegenteil von Effizienz.

Natürlich können Sie jedes Unternehmen hochrüsten ohne Ende. Sie können an der Effizienzschraube drehen bis zum Geht-nicht-mehr. Das wird auch eine Zeit lang funktionieren. Aber je effizienter ein System konstruiert ist, umso unflexibler kann es auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren. Der Tyrannosaurus Rex war hochgerüstet ohne Ende. Die effizienteste Tötungsmaschine seiner Zeit. Ausgestorben ist er trotzdem. Weil er unflexibel war.

Das gilt im Wirtschaftsleben genauso. Wenn Sie in einem Unternehmen eine Monokultur von 40-jährigen heterosexuellen, golfspielenden BWLern herangezüchtet haben, werden die nicht besonders flexibel auf Marktveränderungen reagieren können.

Große Konzerne schreiben in ihren Stellenanzeigen ja gerne: „Wir suchen Querdenker.“ Das ist Bullshit. Die suchen nicht wirklich Querdenker. Denn die sind oft anstrengend, unbequem und egomanisch. Nach allem, was man von ihm weiß, war Steve Jobs ein ziemlicher Snob, der die meisten Leute für Idioten hielt. Aber vielleicht hat er gerade deswegen Apparate gebaut, die problemlos von Idioten bedienbar sind. Aber der größte Vorteil von Jobs war: Er war ein Branchenfremder. Er war kein Ingenieur. Er war auch kein BWLer. Er hatte überhaupt keinen Abschluss. Und er hat seinerseits Querdenkern eine Chance gegeben. Das Scrollrad beim iPod kam nicht von ihm oder von einem Techniker, sondern von einem Mitarbeiter aus dem Marketing.

Deswegen mein Appell: Fördern Sie Vielfalt und Flexibilität. Frischen Sie Ihr Leben mit unorthodoxen Ideen auf. Das Rad, das Penicillin oder der Fischerdöbel wurden gerade nicht von Gewinnmaximierern und Effizienzgläubigen erfunden.

Angenommen, Sie hätten nur noch sechs Monate zu leben. Was würden Sie mit Ihrer Zeit anfangen?

*Das Scrollrad
beim iPod
kam nicht von
Jobs oder von
einem Techniker,
sondern
von einem
Mitarbeiter aus
dem Marketing.*



Und angenommen, nach sechs Monaten stellt sich heraus, dass sich der Arzt geirrt hat: Sie sind kerngesund. Würden Sie wieder in Ihren alten Trott zurück wollen? Und falls nicht, warum tun Sie es heute?

Was ich damit sagen will: Wenn Sie Ihren Job nicht mögen, kündigen Sie. Punkt! „Ja aber ...“ Nein! Kündigen Sie. Vielleicht wäre ja Ihr Arbeitgeber ohne Sie sowieso besser dran.

In unserer ganzen vollkaskoversicherten Lebensplanung vergessen wir oft, was die Voraussetzung für wirkliche Freude ist: das Misslingen. Wie haben Sie Fahrradfahren gelernt? Indem Sie immer wieder hingefallen sind. Wahre Freude erleben wir nur nach Anstrengung, nach Grenzüberschreitung und nach dem Eingehen von Risiken.

Im Gegensatz zu Lady Gaga kann ich Ihnen leider kein Erfolgsrezept verkaufen. Weil ich davon überzeugt bin, dass es in unserer modernen Welt kein Erfolgsrezept gibt. Das Einzige, was ich Ihnen ans Herz legen kann: Vertrauen Sie auf Ihre Fantasie und geben Sie dem Zufall eine Chance. Seien Sie mutig, aber überschätzen Sie sich nicht. Planen Sie, aber seien Sie sich bewusst, dass viele Entwicklungen unberechenbar sind. Verfolgen Sie konsequent Ihre Ziele, aber steigen Sie vom Pferd ab, wenn es tot ist. Und unterwerfen Sie nicht alles der Effizienz. Seiner Frau ohne Grund Blumen mitzubringen ist aus Controlling-Gesichtspunkten nicht sehr effizient. Aber es ist hoch-effektiv.

Tun Sie daher ab und an mal was Ungeplantes, was Verrücktes. Lassen Sie den Freak in sich heraus. Schenken Sie einem Gewerkschafter einen FDP-Kugelschreiber. Putzen Sie Ihre Zähne morgens mit Elmex und abends mit Aronal. Schlafen Sie mit Ihrer eigenen Frau. Einfach was Verrücktes tun!

Denn das Einzige, über das der Zufall keine Kontrolle hat, ist Ihr Verhalten. Viel Glück dabei! ●



VINCE EBERT ist studierter Physiker und Wissenschaftskabarettist, aktuell tourt er mit seinem neuen Bühnenprogramm „Evolution“. Ob als Kabarettist, Autor oder Referent, Vince Eberts Anliegen ist die Vermittlung wissenschaftlicher Zusammenhänge mit den Gesetzen des Humors. redaktion@libmag.de



Erster Test des Systems Ein-Dollar-Brille: Martin Aufmuth im Jahr 2012 mit ugandischen Kindern.

Licht für die Welt

Rund 150 Millionen Menschen in Entwicklungsländern können sich keine Brille leisten und deswegen nicht lernen oder arbeiten. Ein Lehrer aus Erlangen möchte das ändern. Er entwickelte eine Ein-Dollar-Brille. Damit schenkt er Tausenden Mittellosen gutes Sehen – und schafft gleichzeitig neue Arbeitsplätze. // TEXT // **KAPKA TODOROVA**

Maria Sandoval aus San Carlos, Nicaragua, hat fast ihr ganzes Leben nicht richtig sehen können: +6 Dioptrien auf beiden Augen und kein Geld für Arzt und Brille. Bis sie 99 Jahre alt wurde – und von ihrer Familie die ersehnte Sehhilfe als Geschenk bekommen hat. Eine Ein-Dollar-Brille.

Sandoval ist eine der mehr als 4.000 Menschen in der Dritten Welt, denen das Projekt des deutschen Lehrers Martin Aufmuth bereits geholfen hat. Seit 2009 arbeitet der Erlanger daran, den rund 150 Millionen Menschen auf der Welt zu helfen, die keinen Zugang zu einer Brille haben.

„2009 war es, als ich in dem Buch ‚Out of Poverty‘ von Paul Polak las, dass eine wichtige Erfindung, die noch aussteht, eine Brille ist, die sich jeder leisten kann. Wenige Tage später sah ich zufällig in einem Ramschladen Lesebrillen für wenige Euro und dachte mir: Wieso gibt es in einem reichen Land wie Deutschland billige Brillen, nicht aber in Entwicklungsländern? Mein Forschergeist war geweckt“, erinnert sich Martin Aufmuth.

Er nimmt sich vor, eine Brille zu entwickeln, die so preiswert ist, dass sie sich auch die Ärmsten in Afrika, Lateinamerika oder Asien leisten können. Monatelang sammelt er Informationen und experimentiert mit

Materialien. Der Nasensteg des ersten Modells besteht aus dem Bremskabel eines Fahrrads. Doch es kommt nicht ohne Schrauben aus, und die sind in Afrika schwierig zu ersetzen. 2010 schließlich ist dann die erste Ein-Dollar-Brille aus stabilem Federstahldraht gefertigt.

„Was für Bill Gates seine Garage war, war für mich meine Waschküche. In weiterer monatelanger Arbeit entwickelte ich im Keller meines Hauses die erste kleine Brillenfabrik“, erklärt der 40-Jährige. Sie sieht aus wie ein Holzwürfel. Im Inneren verbirgt sich eine Biegemaschine, die einen Draht binnen Minuten zu einer Brille für Kinder oder Erwachsene formen kann. Den Praxistest besteht die Entwicklung im April 2012 in Uganda, wo Aufmuth das erste Team Einheimischer ausbildet und so rund 500 Menschen mit Sehhilfen versorgt.

Wenige Monate später gründet der Lehrer mit einigen Kollegen den „EinDollar-

Brille e. V.“. Ziel ist es, nicht nur Menschen ohne Brillen zu helfen, sondern auch Ein-Dollar-Brillen-Techniker vor Ort zu schulen, um ihnen ein Auskommen zu sichern. Die lokalen Hersteller produzieren den extrem leichten, flexiblen und stabilen Federstahlrahmen und benutzen vorgeschliffene Gläser aus robustem Polycarbonat, die einfach eingeklickt werden. Dadurch, dass die Brille vor Ort gefertigt wird, löst sie nicht nur für viele das Problem ihrer Fehlsichtigkeit, sondern ist - da sie dauerhafte Arbeitsplätze schafft - eine echte Hilfe zur Selbsthilfe.

Denn nach ihrer Ausbildung arbeiten die Ein-Dollar-Brillen-Techniker selbstständig und eigenverantwortlich. Durch den Verkauf der Brillen können sie genug verdienen, um ihre Familien zu ernähren. Die Herstellung der Brillen kann in Heimarbeit erfolgen. So können insbesondere Frauen gleichzeitig arbeiten und sich um ihre Kinder kümmern.

Noch heute weiß Aufmuth, wer der erste Träger seiner Brille war: ein alter Mann aus Uganda. „Der Sehtest gestaltete sich mit ihm sehr schwierig.“ Schließlich fanden die Helfer heraus, dass der Greis in der Entfernung nichts erkennen konnte und für beide Augen Gläser mit -4,5 Dioptrien benötigt. Als der Mann schließlich mit der Brille auf der Nase aufsteht und sich umblickt, sagt er staunend: „Ich sehe mein Haus - und das Haus meines Nachbarn ...“ Aufmuth: „Es war bewegend für mich zu sehen, wie glücklich er war, die Welt um sich herum endlich wahrnehmen zu können.“

Mittlerweile ist der Verein mit Projekten in neun Ländern vertreten: Ruanda, Äthiopien, Burkina Faso, Malawi und Benin, Bolivien, Nicaragua, Brasilien und Bangladesch. Um noch mehr Zeit für die Verbreitung der Ein-Dollar-Brille zu haben, ist der Lehrer aktuell von seinem Dienst freigestellt. Bislang haben Aufmuth und sein Team in ersten Pilotverkäufen rund 4.000 Brillen verkauft, in Einzelfällen auch gespendet: „Aus diesen ersten Erfahrungen haben wir viel gelernt.“ Aufmuth und seine Mitstreiter perfektionieren die Herstellung der Ein-Dollar-Brille und unterweisen Trainer in Deutschland, die wiederum Menschen in den Projektländern zu Ein-Dollar-Brillen-Technikern ausbilden.

Nun beginnt die nächste Phase: möglichst viele Menschen mit der Ein-Dollar-Brille zu versorgen. Mittlerweile haben Aufmuth und sein Team Unterstützer und Partner gefunden. Sehr eng arbeiten sie mit der deutschen Studentenorganisation Enactus zusammen, die das Ziel verfolgt, unternehmerisch die Welt im Kleinen zu verbessern, und die Aktivitäten des Vereins in Ländern wie Burkina Faso und Brasilien selbstständig leitet. Außerdem kooperieren die Erlanger in einigen Ländern mit Partnerorganisationen, die vor Ort verwurzelt sind. Als Hilfe erweist sich auch die Auszeichnung mit dem ersten Preis des „empowering people. Award“, den die Siemens Stiftung der Ein-Dollar-Brille im Oktober 2013 verlieh.

„Das Ziel, eine flächendeckende Versorgung der Menschen mit kostengünstigen, qualitativ hochwertigen Brillen auf die Beine zu stellen, ist anspruchsvoll. Wir werden noch viele tatkräftige Unterstützer benötigen“, so Aufmuth. Für die Trainings, die Anschaffung von Biegemaschinen und den Aufbau nachhaltiger Strukturen in den Partnerländern benötigt das Team Spenden.

Allein die Schulung der Ein-Dollar-Brillen-Techniker in den Projektländern ist sehr aufwendig und teuer - aber eben auch effektiv. Denn die geschulten Mitarbeiter stellen die Brillen selbst her und fahren anschließend mit den vorgefertigten Gestellen und einem Kasten Linsen in Stärken von - 6 bis + 6 Dioptrien in die Dörfer. Das heißt, die Brillen kommen zu den Menschen, die kein Geld für eine Reise auch nur in die nächstgrößere Stadt haben. Nach einem Sehtest werden die Brillen vor Ort individuell angepasst. Geht den Ein-Dollar-Brillen-Technikern das Material aus, bestellen sie bei dem Verein nach, und der sorgt für den Nachschub. So hat das Team stets den Überblick, wo wie viel produziert und verkauft wird - weiß also, ob das Projekt funktioniert und die Partner seriös arbeiten.

Der Einkaufspreis des Materials liegt bei rund einem Dollar, die Brille selbst kostet das Zwei- bis Dreifache des jeweils ortsüblichen Tageslohns, derzeit sind das etwa vier bis sieben Euro. Es gilt, präzise zu kalkulieren. Denn die Ein-Dollar-Brillen-Techniker



150 Millionen Menschen weltweit können sich der Weltgesundheitsorganisation WHO zufolge keine Brille leisten. Sechs Millionen Menschen gibt es allein in Afrika, die arbeiten könnten, wenn sie eine Brille hätten. Viele benötigen eine Brille, um lesen und schreiben lernen zu können - darunter zwölf Millionen Kinder. Dadurch entgeht der Wirtschaft dieser Länder eine jährliche Wertschöpfung von 125 Milliarden US-Dollar. Die Staaten der WHO beschlossen, bis 2019 die Zahl der vermeidbaren Sehbehinderungen um ein Viertel zu reduzieren. Das Projekt „Ein-Dollar-Brille“ kann dazu beitragen.

Mehr dazu unter: www.eindollarbrille.de

müssen von dem Verkauf der Brillen leben können, sie aber so günstig verkaufen, dass sie Abnehmer finden. So soll sich das Projekt langfristig selbst tragen. Der deutsche Verein leistet nur die Anschubfinanzierung für die Trainings und das Bereitstellen der Biegemaschinen, die im Besitz des Vereins bleiben.

Und wann ist das Projekt vollendet? Ein erstes Mal durchatmen werde er, so Aufmuth, wenn in einem Entwicklungsland die landesweite Grundversorgung mit Brillen kontinuierlich sichergestellt sei. Erklärtes Ziel sei es aber, die 150 Millionen Menschen mit Brillen zu versorgen, die sich bislang keine leisten können. Aufmuth: „Das ist meine Vision. Und wenn es so weitergeht, sind wir auf einem guten Weg.“ ●



KAPKA TODOROVA ist seit 18 Jahren Korrespondentin für osteuropäische Medien. Armut in der Dritten Welt ist ein Thema, über das sie häufig berichtet. Zu wenig Geld, um gesund zu leben, scheint ein kaum lösbares Problem zu bleiben. Manchmal finden sich aber auch ganz einfache Lösungen. redaktion@libmag.de



Kafka 2.0

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Deutsche Ämter haben sich um die liberale Idee verdient gemacht. Zweifel am segensreichen Wirken des Staates kamen vielen Menschen durch die Konfrontation mit Amtspersonen. Wer einst eine Behörde betreten musste, etwa um den Reisepass zu erneuern oder ein Auto anzumelden, tat dies mit eingezogenem Kopf. Auch der unterste Beamte stand weit über jedem Bürger. Es galten Tucholskys klassische Sätze: „Das deutsche Schicksal: vor einem Schalter zu stehen. Das deutsche Ideal: hinter einem Schalter zu sitzen.“ Demütig nahm man An-schnauzer entgegen, wenn man eines der vielen Antragsformulare vergessen oder nicht penibel genug ausgefüllt hatte. Und das war eigentlich immer der Fall.

Während die übrige Gesellschaft sich in den 70er-Jahren entkrampfte, der öffentliche Umgangston lässiger und freundlicher wurde, blieben die Ämter noch eine ganze Weile Einschüchterungsinstanzen wie zu Kaisers Zeiten.

Das hat sich sehr zum Besseren verändert. Kürzlich brauchte ich nicht mal drei Minuten, um ein Internet-Formular zur Bestellung einer Geburtsurkunde auszufüllen und abzuschicken. Drei Tage später lag das Dokument im Briefkasten. Früher hätte ich für dieses Anliegen mindestens einen halben Tag auf von Linoleumputzmitteln getränkten Behördenfluren verbringen müssen.

Heute wird man auf den meisten deutschen Ämtern als Kunde behandelt. Der Amtsschimmel mit Ärmelschonern, der die Macht seiner Stempel auskostet, existiert nur noch in vergilbten Karikaturen. Doch er fand Nachfolger. Und die – eine bittere Erkenntnis für Liberale – sind keine Geschöpfe der Staatsbürokratie, sondern privater Firmen. Ausgerechnet die angeblich modernsten und am wenigsten hierarchischen Branchen, Kommunikations- und Internet-Wirtschaft, degradieren ihre Kunden zu Untertanen. Wie in einem Kafka-Roman steht der Bürger als Bittsteller anonymen Mächten gegenüber. Niemals erfährt er, wer zuständig oder gar verantwortlich ist. Ob das Produkt, für das er bezahlt hat, funktioniert, ist sein Problem, sein Schicksal.

Persönliche Sachbearbeiter gibt es längst nicht mehr. Die einzigen Ansprechpartner, zu denen man vordringen kann – vorausgesetzt, die Geduld erlahmte nicht schon in der Warteschleife – sind Callcenter-Mitarbeiter in fernen Ländern. Da sie meist unterschiedliche Firmen bedienen, sind ihnen die technischen Details des Produkts zumeist ebenso wenig vertraut wie dem Kunden. Folglich üben sie sich in der Kunst des freundlichen Abwimmeln. Motto: Schön, dass wir mal darüber geredet haben.

Die verschärfte Version, die mittlerweile immer mehr Callcenter ersetzt, ist die Kommunikation mit Maschinen. Besonders



Internet-Multis wie Apple, Google, Facebook oder YouTube überlassen ihre Kommunikation weitgehend Rechnern und ihren Logarithmen (erfreuliche Ausnahme: Amazon). Das kann zuweilen funktionieren, solange man nicht antworten will oder Rückfragen hat. Dann verstehen die meisten Maschinen nämlich nur Bahnhof.

Wie in Kafkas Erzählungen gibt es verborgene Gesetze, gegen die der Protagonist unwillentlich verstößt. Ihm nicht ersichtliche Codes bestimmen die Abläufe, denen er hilf- und machtlos ausgeliefert ist. Die Sturheit der Maschinen übertrifft die der Amtsautoritäten von einst bei Weitem. Einziger Vorteil: Man kann sie am Telefon hemmungslos beschimpfen, ohne eine Verurteilung wegen Beamtenbeleidigung zu riskieren.

Das Elend mit den Telekommunikationsfirmen beginnt meist schon beim Einrichten des Anschlusses. Ob der angekündigte Mitarbeiter zum vereinbarten Termin (Montag zwischen 7 und 19 Uhr) erscheint, ist Glückssache. Internet ist heute für das Alltagsleben kaum minder essenziell als Strom und Wasser. Dennoch haben es die Anbieter geschafft, ihre Produktverantwortung abzuschütteln. Niemand würde sich von den Stadtwerken bieten lassen, Wochen zu warten, bis die Wasser- oder Stromversorgung eingerichtet sind. Ein derart schlechter Service wäre ein Skandal, würde Berichte in der Lokalpresse und eine Anfrage im Stadtrat nach sich ziehen.

Die meisten Kunden nehmen den Null-Service demütig hin. Man hat sich daran gewöhnt. Andere Branchen lernen daraus. Sie wälzen Dienstleistungen, die einst zum Produkt gehörten, auf ihre Kunden ab. Fahrkartenautomaten erziehen Reisende dazu, ihr eigener Schalterbeamter und Schaffner zu werden. Der Erwerb eines Straßenbahntickets ist in manchen deutschen Städten mittlerweile so kompliziert wie die Steuererklärung.

Wer der Kommunikationskompetenz von Maschinen ausgeliefert ist, sehnt sich nach dem Amtsschimmel von einst zurück. Im Vergleich zu anonymen Instanzen mit binärer Denkstruktur war er eine Ausgeburt an Flexibilität und Transparenz. ●

MICHAEL MIERSCH ist Ressortleiter Forschung bei *Focus*, Autor, Dokumentarfilmer und Mitbegründer des Autorenblogs *Die Achse des Guten* (www.achgut.de).
Website: www.maxeiner-miersch.de
miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet.
zeller@libmag.de



Die Meinungsköche

Geheimprotokoll einer Redaktionskonferenz

// TEXT // GIDEON BÖSS

// ILLUSTRATION // ERNST MERHEIM

Ort: Berlin, Hauptstadtstudio ARD

Gegenstand der Redaktionskonferenz:

Suche nach einem Thema für die nächste Folge der Polit-Talkshow „Leute bei Schwäbinger“

Teilnehmende:

Manfred Katz (Chefredakteur)
Luise Schädel (Redakteurin)
Petra Hänsel (Redakteurin)
Simon Lemke (Redakteur)

Manfred Katz: Also Leute, ich will ein Thema, bei dem wirklich was los ist! Egal ob Krieg, Hunger, Klima oder Politik. Irgendetwas, was wirklich zieht. Was habt ihr mir da zu bieten?

Luise Schädel: Man kann etwas zu Islamophobie machen! ISIS ist das krasseste Beispiel dafür.

Petra Hänsel: Warum sollte ISIS ein Beispiel für Islamophobie sein?

Luise Schädel: Weil ISIS alle Vorurteile bedient, die die Islamhasser so gerne verbreiten. Dabei gibt es bei mir in der Straße die Kalif-Bahrin-Moschee, die hat jeden Mittwoch ein Fest mit Kuchen und Getränken, das ist der wahre Islam. Nicht ISIS.

Manfred Katz: Was für Kuchensorten gibt es da denn?

Luise Schädel: Jeder bringt mit, was er will, und jeder isst, was er möchte. Es gibt keinen Zwang in der Wahl der Kuchen.

Manfred Katz: Wunderbar, da komme ich auch mal vorbei. Sehr schön, sehr schön.

Simon Lemke: Das Thema geht aber nicht, weil wir schon letzte Wochen „Erziehung im Namen Gottes – Wie gefährlich sind US-Freikirchen?“ hatten.

Manfred Katz: Stimmt, danach kann man nicht direkt mit „Wie islamophob ist der islamische Staat?“ kommen.

Petra Hänsel: Vielleicht was über die Problematik der Datensicherheit im Internet?

Manfred Katz: Darüber, wie Datenkraken aus der Wirtschaft uns das Leben zur Hölle machen?

Petra Hänsel: Und der Staat. Der muss da auch kritisch beleuchtet werden!

Manfred Katz: Das stimmt. Mein Vorschlag für den Titel lautet also: „Schützt uns der Staat genug vor den internationalen Datenkraken?“

Petra Hänsel: So meinte ich das nicht.

Manfred Katz: Gratulation, du hast das Thema festgelegt! Wen laden wir ein? Vier Gäste, Experten für Datenkraken!

Luise Schädel: Ich bin für Gysi, der kennt sich mit Überwachung aus und kritisiert seit Jahren, wie wir ausgespäht werden. Außerdem ist er witzig. Der Mann hat Ahnung.

Petra Hänsel: Er war doch selbst verstrickt in die Überwachung der DDR-Bürger durch die SED. Den können wir doch nicht als Verteidiger von Privatsphäre und Datenschutz vorstellen.

Manfred Katz: Gerade deswegen. Er ist das moralische Gewissen in Sachen Datenschutz, gerade weil er beide Seiten kennt!

Simon Lemke: Was ist mit Sascha Lobo?

Manfred Katz: Als coole Stimme der Internet-Kids? Sehr gut, Simon.

Petra Hänsel: Er ist fast 40. Er kann der Vater der coolen Internet-Kids sein. Wollen wir nicht einen wirklich Jungen?

Manfred Katz: Aus der Perspektive unserer Zuschauer betrachtet ist das alles irritierend jung. Relativ, Petra, alles ist relativ. Du musst den Altersdurchschnitt immer im Auge haben.

Luise Schädel: Und die Schriftstellerin Juli Zeh! Sie hat letztes Jahr viel wegen der NSA gemacht. Unterschriften gesammelt gegen die totale Überwachung, der wir ausgesetzt sind.

Petra Hänsel: Na ja, totale Überwachung ist das ja nicht. Klingt fast so, als ob wir hier in einer Diktatur leben. Die DDR war eine Diktatur, da konnte man nicht sagen, was man will. Das ist heute anders.

Manfred Katz: Wunderbar, dass wir Gysi als Gast haben, der kann das dann mal vergleichen. Ein Platz ist noch frei in der Sendung.

Luise Schädel: Ich bin für den Dalai Lama! Weil er eine positive Lebenseinstellung hat.

Petra Hänsel: Ich weiß nicht, warum wir den Dalai Lama anfragen sollten. Außerdem würde er eh nicht kommen. Lasst uns lieber überlegen, wie wir die Runde noch mit einem Experten besetzen könnten. Mit einem Insider.

Luise Schädel: Lobo!

Simon Lemke: Den haben wir doch schon. Was ist mit Snowden?

Petra Hänsel: Das gleiche Problem wie mit dem Dalai Lama, schätze ich. Aber wenn er nicht kann, könnten wir Ströbele fragen, der hat immerhin mit ihm gesprochen.

Manfred Katz: Klingt fantastisch, einer vom Fach. Also zumindest einer, der einen vom Fach kennt.

Simon Lemke: Dann fragen wir ihn also an?

Manfred Katz: Ja, er ist ein Mensch mit Snowden-Hintergrund. Unbedingt.

Simon Lemke: Die Datenkraken kommen ohnehin aus den USA, da ist ein amerikanischer Gast auch nicht schlecht. Ich bin auch für Snowden, also für Ströbele.

Petra Hänsel: Das ist eine tolle Kombination: Gysi, Lobo, Zeh und Snowden-Ströbele. Von meiner Seite aus sollten wir die alle nehmen.

Manfred Katz: Machen wir auch. Aber Simon hat recht, der Fokus darf sich ruhig etwas auf die Problematik mit den USA konzentrieren. Datenkraken kommen nicht von ungefähr, die brauchen ein neoliberales Biotop aus Ellbogen, Gier und Ausbeutung. Das darf nicht immer verschwiegen werden. Und wir brauchen verschiedene Meinungen, es muss kontrovers zugehen.

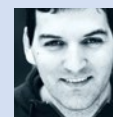
Simon Lemke: Ströbele wird dieses neoliberale US-Biotop bestimmt erwähnen.

Luise Schädel: Und Gysi und Lobo haben auch manchmal den Mut dazu.

Simon Lemke: Zeh hat letztes Jahr eine Petition veröffentlicht und kritische Worte zu den USA gesagt.

Manfred Katz: Na gut, dann haben wir ja alle Zutaten für eine hitzige Debatte, in der es vielleicht sogar ein paar US-kritische Töne zu hören gibt. Das müssen die Amis aushalten, die ja immer so von Meinungsfreiheit reden! Ich schlage als Namen der Sendung vor:

„Wie viel Neoliberalismus steckt in den Datenkraken?“



GIDEON BÖSS lebt und arbeitet als freier Autor in Berlin. Vor kurzem erschien sein Roman „Die Nachhaltigen“. redaktion@libmag.de



UNI-FORM

Schüler und Studenten, aber auch Lehrer und Professoren sind gleichermaßen durch die politische Heuchelei entmutigt, die uns einreden möchte, alle seien gleich begabt. Integration heißt dann zumeist: Wo sich Differenzen zeigen, wird nivelliert. Darum emanzipiert sich der gute Unterricht sukzessive von den klassischen Bildungseinrichtungen. Das Medium, das die Lust an der Komplexität weckt, werden künftig die bislang verteuflten Computerspiele sein. // TEXT // **NORBERT BOLZ**

Die Freiheit hat heute zwei Feinde: den Paternalismus des vorsorgenden Sozialstaates, der mit seiner Regulierungswut noch die feinsten Poren unseres Privatlebens durchdringen will, und den Götzendienst der Gruppe. Dieser Zangenangriff auf die Freiheit hat vor allem für unsere Bildungsanstalten fatale Folgen.

An die Stelle von Humboldts „Einsamkeit und Freiheit“ ist dort längst das „soziale Lernen“ getreten. Systematisch betreibt die Gruppe an Schulen und Universitäten die Austreibung der Einsamkeitsfähigkeit. Unsere moderne Massendemokratie scheint prinzipiell schutzlos gegen diesen Konformismus zu sein. Sie überbetont die sozialen Tugenden der Kooperation und zerstört die nur im Privatleben entfaltbare Kultur der Einsamkeit dessen, der alleine für eine Sache kämpft.

Fotos: S. Paravano/Getty Images; S. Dunlap

Die Schule ist heute einerseits Schmelztiegel für Immigranten, andererseits Dienstleister für eine Art Outsourcing des Familiären. Die Sorge um die Kinder und die Aufmerksamkeit für die Kinder kann man dort mieten. Fürsorge ist zur Ware geworden. Als hätte die DDR einen späten ideologischen Sieg errungen, predigen die meisten Politiker heute ganz selbstverständlich die Verstaatlichung der Kinder. Denn Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Ganztagschulen sind nicht nur als Hilfestellungen für Not leidende Eltern, sondern als neue familienpolitische Norm konzipiert. Die Schule wird zum Kinderbetreuungszentrum, in dem Kinder nicht primär lernen sollen, sondern „integriert“ werden.

Deshalb muss man um Privatheit heute kämpfen. Und jede Bemühung darum erzeugt ein Schuldgefühl. Oder um es ökonomisch auszudrücken: Die Privatsphäre, das Nicht-Mitmachen im Team, wird immer teurer. Das bekommen zum Beispiel die Eltern zu spüren, die ihre Kinder nicht in die Kinderkrippe oder die Ganztagschule geben wollen. Doch an der zunehmenden Schärfe der Reaktionen auf den ungebrochenen Willen zur Privatsphäre lässt sich gut ablesen, dass es bei Themen wie Ganztagschule und Gesamtschule um einen Kulturkampf geht. Gesamtschulen wollen ja Differenzierung ohne Selektion - das geht aber nicht. Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder deshalb auf private oder doch wenigstens konfessionsgebundene Schulen. Und das Geheimwissen um die letzten guten Schulen einer Stadt wird immer wertvoller.

Von der Freude am Lernen und der Faszination von Bildung sind wir heute unendlich weit entfernt. Das gilt aber nicht nur für die Schüler und Studenten, sondern auch für die Lehrer und Professoren. Sie leiden nicht nur an einer absurden Bürokratisierung der Bildungsanstalten, sondern werden auch durch die politische Heuchelei entmutigt, die uns einreden möchte, alle seien gleich begabt. Integration heißt dann zumeist: Wo sich Differenzen zeigen, wird nivelliert. Dabei müsste doch jedem denkenden Menschen einleuchten:

1. Die Schule kann nur funktionieren, wenn sie von schulfremden Leistungen befreit wird.
2. Eine freiheitliche Gesellschaft kann niemals das Ziel der Ergebnisgleichheit, sondern immer nur der Chancengleichheit haben.
3. Wenn gerade auch die ökonomische Zukunft Deutschlands von der Produktivkraft Intelligenz abhängt, müssen wir Begriffe wie Leistung, Ehrgeiz und Elite wieder positiv besetzen.
4. Über Bildung kann man nicht demokratisch abstimmen.

Wenn es aber, wie man vermuten muss, nicht zu einem Umdenken kommt, wird sich der gute Unterricht zunehmend von den Schulen emanzipieren, und das anspruchsvolle Studium wird sich zunehmend von den Universitäten emanzipieren. Die Forderung nach lebenslangem, persönlichen Lernen ist ja längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Aber das wäre nur in einem Medium maßgeschneiderter Informationen möglich. Dazu genügt es nicht, auf jeden Schreibtisch einen Computer zu stellen. Statt wie bisher den Computer in die Schule, versucht man heute, die Schule in den Computer zu packen. Angestrebt wird also ein individualisiertes, persönliches Lernen, rund um die Uhr (24/7) und ein Leben lang. Einfache Lernprozesse kann man ja tatsächlich am besten mit Computern stützen. Sie stellen schon als technische Medien eine lernfreundliche Umgebung dar.

Der heutige Schulunterricht stellt dagegen eine typisch langweilige Umwelt dar, auf die Schüler entweder mit Dösen oder mit „Stallmut“ reagieren. Dösen ist eine Form der Anpassung an die Reizarmut der Schule. „Stallmut“ ist ein Begriff der Verhaltensforscher, der ein aggressives Leerlaufverhalten der aufgestauten Energien bezeichnet. Und nun müssen wir diese langweilige Umwelt der Schule nur noch mit der stimulierenden Umwelt der Computerspiele vergleichen. So bieten die Multi-User Video Games eine Lernumgebung, die den Spieler mit Geheimnis, Action und Drama stimuliert.

Computerspiele trainieren das Entscheiden und den Umgang mit komplexen Systemen. Mehr als jedes andere Medium fördern sie das Vermögen der Geistesgegenwart. Darüber hinaus lernen die Spieler auf unterhaltsamste Art, visuelle Sprachen und Geschichten als Medien für die Verarbeitung riesiger Informationsmengen zu nutzen. Edutainment ist ein guter Begriff für diese neue Form von lehrreicher Unterhaltung. Prodesse et delectare - was man im 18. Jahrhundert mit dieser auf Horaz zurückgehenden Formel der Dichtung zuschrieb, gelingt heute den guten Computerspielen, nämlich zu nützen und zu erfreuen. Indem der Spieler künstliche Umwelten sondiert, bekommt er Lust an der Komplexität. Deshalb müsste man den Kulturkritikern sagen: Diese neuen spielerischen Lernumwelten sind nicht der Grund für die Krise der Bildung, aber vielleicht ihre Lösung. ●



NORBERT BOLZ lehrt als Professor für Medienwissenschaft an der TU Berlin. Er hat mehr als 20 Bücher veröffentlicht, zuletzt erschien im Jahr 2010 „Wer nicht spielt, ist krank: Warum Fußball, Glücksspiel und Social Games lebenswichtig für uns sind“. redaktion@libmag.de



Die Multi-User Video Games bieten eine Lernumgebung, die den Spieler mit Geheimnis, Action und Drama stimuliert.



BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Ein Jahr nachdem Edward Snowden die „NSA-Affäre“ auslöste, legt der amerikanische Journalist Glenn Greenwald seinen umfassenden Bericht des Falls Snowden, der amerikanischen Geheimdienstarbeit im Internet und deren Folgen für die Privatsphäre seiner Nutzer vor. Er schildert die Ereignisse rund um die riskante Kontaktaufnahme mit Edward Snowden und den hürdenreichen Versuch, dessen Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen. Greenwald zeigt dem Leser anhand der inoffiziellen NSA-Dokumente aber auch, wie weit Rhetorik und Realität der Methoden und Motive staatlicher Informationsbeschaffung auseinanderliegen. Ebenso skanda-

lös wie der Datenhunger der NSA sind die Belege dafür, dass die Informationsbeschaffung weit mehr Zwecken dient als der stets vorgeschobenen Sicherheit der Bevölkerung. Vom Rechtsstaat kann der Bürger wenig Schutz seiner Privatsphäre im Internet erwarten. Greenwald argumentiert überzeugend, dass allein die Angst vor staatlicher Überwachung die Gleichschaltung der Menschen fördere. Die Willkür des Staates gegenüber der digitalen Privatsphäre macht deutlich, wie verletzlich die Freiheit im Informationszeitalter ist.

Steffen Hentrich

GLENN GREENWALD
Die globale Überwachung
Droemer HC, 368 S., 19,99 Euro



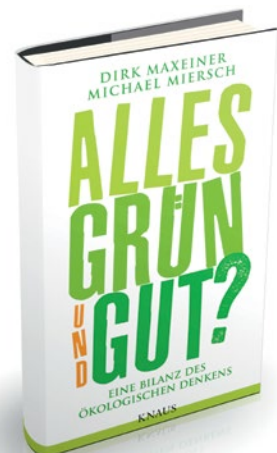
Dirk Maxeiner und Michael Miersch sind die Enfants terribles der deutschen Umweltpublizistik. Inzwischen seit Jahrzehnten begegnen sie dem Gedanken des Umweltschutzes mit Wohlwollen, der praktischen Umweltpolitik jedoch mit heftiger Kritik. Seien es kontraproduktive Maßnahmen (Biosprit, Energiesparlampe) oder volkspädagogische Ansätze (Mülltrennung) – die beiden Autoren werden nicht müde zu unterscheiden, was der Umwelt nützen soll und was ihr wirklich nützt. Das macht sie äußerst unbeliebt bei der Mehrzahl der Umweltpolitiker und -aktivisten.

Mit „Alles grün und gut?“ legen die beiden Autoren nun eine gut 350 Seiten starke Bilanz ihres Hindernisritts durch die oft vernunftbefreite und ideologisch bis an die Grenze des Zumutbaren aufge-

ladene Zone deutscher Umweltpolitik vor. Es ist ein Kompendium des politischen Irrsinns. Es ist zugleich eine Fundgrube für all jene, die sich um eine vernunftgeleitete Umweltpolitik Gedanken machen. Dafür liefert das Buch viele Argumente, wenn auch zu wenig konstruktive Alternativen. Und Vorsicht: Nach wie vor muss, wie Maxeiner und Miersch, jeder damit rechnen, als „konzerngesteuerter Industrielobbyist“ tituiert zu werden, der von der ideologischen Generallinie abweicht, die Grüne und Greenpeace vorgeben. Die harmonisiert eben besser mit dem Bedürfnis der Deutschen nach grenzenloser Romantik – was der Umwelt wenig hilft.

Boris Eichler

DIRK MAXEINER, MICHAEL MIERSCH
Alles grün und gut?
Knaus, 384 S., 19,99 Euro





MUT STATT MISSMUT

Unter dieser Überschrift publizierte Otto Graf Lambsdorff vor Jahren einen Weckruf an eine etwas eingeschlafene Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Es ist höchste Zeit, daran wieder zu erinnern und uns selbst einige Fragen zu stellen.

// TEXT // **WOLFGANG GERHARDT**

Wie ist Deutschland eigentlich aus der größten Katastrophe seiner Geschichte wieder herausgekommen und zu einem international anerkannten Mitglied der Völkergemeinschaft geworden? Durch soziale Marktwirtschaft oder durch Staatswirtschaft? Durch europäische Zusammenarbeit und das transatlantische Bündnis oder durch Alleingänge? Durch freie Wahlen und unabhängige Justiz oder durch gefälschte Wahlen und Willkürurteile? Durch Antriebsarmut oder durch Anstrengungen? Durch den Willen zum Lernen und die Entwicklung technologischer Höchstleistungsfähigkeit oder

Verzicht auf das, was wir können und könnten? Durch ein gerechtes Verhältnis von Leistung und Verdienst oder durch Bestrafung von Anstrengung? Durch Wettbewerb oder durch Monopole? Durch Verteilung von Geld, das mit ungedeckten Schecks auf die Zukunft derer ausgegeben wird, die gegenwärtig noch nicht einmal wählen dürfen, oder durch Rücksicht auf die Generationengerechtigkeit?

Was muss in Deutschland eigentlich noch alles passieren, bevor sich wieder ein Mindestmaß an Verständnis oder überhaupt von Kenntnissen einfacher wirtschaftlicher Zusammenhänge herausbildet, die es der Politik erlauben, in den öffentlichen Arenen den gegenwärtigen



gen Betreuungs-, aber damit auch Belagerungshorizont für mehr und mehr Menschen aufzumachen, die sich das gerne gefallen lassen, aber vergessen, dass soziale Sicherheit ohne wirtschaftlichen Erfolg nicht zu gewährleisten ist? Wer das nicht glaubt, der kann sich umsehen, denn die angeblich von sozialer Gerechtigkeit so durchdrungene DDR ist wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen.

Deutschland ist drauf und dran, um es bäuerlich auszudrücken, seine Setzkartoffeln zu verbrauchen, die für die nächste Ernte notwendig sind. Die Agenda 2010, die Impulse gesetzt hat, wird rückabgewickelt. Die Politik bewegt sich in kleinen Ausgleichs- und Air-Conditioning-Aktivitäten, sie ist auf dem Weg einer Art Wählerbewirtschaftung, die Chancen wegschützt, angeblich von der Mühe des Lebens entlastet und ihm eigene Verantwortung geradezu abgewöhnt. Das ist alles Mögliche, nur kein emanzipatorisches Programm.

Das Magazin *liberal* will ganz einfache Zusammenhänge wieder vermitteln, die eine freiheitliche Gesellschaft nicht in Vergessenheit geraten lassen darf, wenn sie freiheitlich bleiben und sich nicht nur auf eine geschriebene Verfassung verlassen will. *liberal* will eine Stimme sein für die freiheitliche Qualität einer Gesellschaft, ihrer Zukunftsorientierung, ihrer Offenheit, aber zugleich ihrer Werteorientierung. Wenn anderswo Maßstäbe verrutschen und ein Werteverlust mit einem Wertewandel bemäntelt wird - nicht in und nicht mit diesem Magazin.

Liberalismus ist für das Magazin *liberal* mehr als ein parteipolitisches Programm. Liberalismus ist eine Haltung, die eine schwierige Botschaft enthält. Sie macht auf Komplexität aufmerksam, vermeidet der Sache nach nicht angemessene Vereinfachung und muss immer einem Mehrfrontenkrieg gegen Kollektive wehren und Individualität verteidigen, die in Deutschland eher als egoistisch denn als Ausdruck von Selbstständigkeit und Persönlichkeit verstanden wird. Liberalismus ist auf ein Modernitätspensum angewiesen, auf Kompetenz im

Liberalismus ist auf ein Modernitätspensum angewiesen,
auf Kompetenz im Wandel, nicht auf Suche
nach vermeintlichen Fluchtburgen, sondern auf Mut.



Wandel, nicht auf Suche nach vermeintlichen Fluchtburgen, sondern auf Mut.

Der war es schließlich, der die Mauer vom Osten her eindrückte und das verwirklichte, was Liberale mit einer neuen Deutschlandpolitik in den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts unter Einsatz ihrer politischen Existenz begonnen hatten. Den braucht Deutschland auch in der Zukunft, vor der sich so viele fürchten und die doch, wenn man sie sehen will, so viele Chancen bereithält. Die junge Generation bereitet sich darauf vor, und eine Gesellschaft, die dank einzigartiger Medizin älter werden kann als jede Generation vor ihr, sollte ihr tatkräftig beiseitestehen und ihr durch eigenes Verhalten und politische Klugheit eine Art Kapitalstock mitgeben, auf dem sie ihre eigene Biografie in Freiheit bauen kann. Die Zukunft wird weder durch lebensabgewandte Verzichtsideologien noch durch Technikfeindlichkeit, noch durch Abwendung vieler von den Angelegenheiten, die uns alle angehen, zu gewinnen sein.

Nicht das Moralisieren über alles und jedes,

sondern das Lernen und Wissen über mehr und mehr erlauben es uns, nicht alles und jedes glauben zu müssen, was uns aufgetischt wird. Die Fähigkeit zum eigenen Urteil, der Wille, sich einen Überblick zu verschaffen, um mitreden zu können, sollen zum Instru-

mentenkasten einer freiheitlichen Gesellschaft wieder stärker gehören und Vorurteil, Aversion und Totschlagargumente zurückdrängen.

Es gibt in Deutschland und auch anderswo auf der Welt Menschen, die glauben, dass sie alle Antworten hätten. Unter ihnen leidet die freiheitliche Qualität einer Gesellschaft. Wo sie die Mehrheit haben, stirbt die Freiheit ab, weil Gewohnheiten und Überzeugung allen anderen aufgezwungen werden. Wer in solchen Gesellschaften lebt und seine Meinung äußert, braucht, wie ein altes chinesisches Sprichwort sagt, ein schnelles Pferd. *liberal* wird gegen jeden Versuch auftreten und anschreiben, der solche gedanklichen Machtübernahmen begünstigt oder anstrebt, in welcher

Uniform er auch immer antritt. Für Liberale ergibt sich ein überaus breites Spektrum von Fragen, die nach Antwort suchen und denen sie sich widmen sollten. Sie lauten unter anderem:

Kann es gelingen, durch eine ökonomisch kluge, aber auch humanitär verantwortungsvolle Politik der Ein- und Zuwanderung der deutschen Gesellschaft einen neuen Pool an menschlicher Originalität und Jugendlichkeit zu erschließen und Deutschland zu einer dynamischeren und kosmopolitischeren Nation zu machen? Kann es gelingen, die dramatische Fachkräftknappheit, die sich bereits abzeichnet, durch ein Bündel von mutigen Weichenstellungen aufzufangen und abzumildern, so etwa durch längere und flexiblere Lebensarbeitszeiten, durch neue innerbetriebliche Arbeitsteilungen, durch veränderte tarifliche Strukturen und Arbeitsbedingungen sowie durch selektive Zuwan-

derung von Fachkräften oder angehenden Auszubildenden, die noch Fachkräfte werden wollen? Kann es gelingen, die traditionell starke mittelständische Wirtschaft Deutschlands noch mehr als bisher zum dynamischen Motor der Innovationskraft zu machen? Kann es gelingen, die Potenziale der Kommunikations- und Informationstechnologien für die Stärkung der Innovationskräfte zu nutzen?

Über all dem steht dabei als ordnungspolitische Grundfrage die begrenzte, aber wichtige Rolle des Staates als Instanz, die den steuerlichen und regulativen Rahmen für den gesellschaftlichen Suchprozess nach neuen Lösungen als Forderer und Förderer setzt. Kurzum, die Instanz, die mobilisiert und motiviert und nicht begrenzt und beschneidet. Wovor fürchten wir uns eigentlich in Deutschland immer so? ●



DR. WOLFGANG GERHARDT
ist Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-Stif-
tung für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de

schwer starb eiter innen

Die Konsequenz der globalen Wirtschaft erkennt man erst im richtigen Zusammenhang. Jetzt abonnieren: www.schweizermonat.ch

Die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur.

schweizer
monat
Leider anspruchsvoll



„WER NIE IN BANDEN WAR,
WEISS NICHTS VON FREIHEIT.“

JAKOB BOSSHART

Natürlich sind mit „Banden“ Fesseln gemeint, aber ich möchte dieses Wort absichtlich falsch verstehen, denn eine Peergroup, Clique oder eben Bande ist das Erste, nach dem wir in unserer Sozialisation außerhalb der Familie suchen. Als junge Menschen wollen wir unbedingt irgendwo dazugehören, uns einfügen, uns unterordnen (falls wir nicht der Anführer sein können) - wir wollen uns erst mal gemeinsam abgrenzen, bevor wir uns - vielleicht - irgendwann als Einzelwesen verstehen und ertragen können.

Dazuzugehören (zu der Bande) ist dabei genauso wichtig wie sich abzugrenzen (gegen alle anderen), wir teilen Vorlieben, Rituale, Mode, Meinung, Verhalten, lernen Ausgrenzung und Verachtung aktiv und passiv kennen und gehen auf diese Weise durch eine Art Vorstufe der Individuation. Mir scheint allerdings, dass viele Menschen diese Vorstufe nie verlassen und sich ihr Leben lang lieber ein- und unterordnen - vielleicht weil sie die Einsamkeit fürchten, die mit Individualismus (und damit Selbstverantwortung und damit Freiheit) einhergeht.

Natürlich entkommt keiner, außer vielleicht ein pathologischer Querulant, der Zugehörigkeit zu irgendeiner Gruppe, denn es gibt da draußen in der Welt immer noch ein paar, die so denken wie er, das

lieben, was er auch liebt, und ablehnen, was auch er ablehnt, aber diese Gruppe fügt sich formlos, ohne Regeln und ohne Anführer (allenfalls mit wortmächtigen Einzelstimmen), wenn sie aus Menschen besteht, die Freiheit wie Atemluft brauchen und sich der damit einhergehenden Akzeptanz von Lebensrisiken, Selbstverantwortung und anderen Unannehmlichkeiten stellen.

Die Mitgliedschaft in einer „Bande“ ist also der erste Schritt weg von auferlegten Verhaltensregeln - zwar nur ein Schritt zu anderen Verhaltensregeln, aber ein wichtiger. Danach kommt der nächste: Man lässt die Bande hinter sich, weil man ihre Grenzen irgendwann als zu eng und dem eigenen Erkenntnisinteresse entgegengesetzt oder zumindest hinderlich empfindet.

Und von da ab hat man Manieren. Denn andere mit der eigenen Freiheit zu belästigen ist unterste Schublade. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



Thommie Bayer, 61, lebt im Breisgau als Schriftsteller, und sieht Freiheit als eine der wichtigsten Ressourcen entwickelter Gesellschaften.

Thommie.Bayer@t-online.de

Creditreform

Das Unternehmermagazin aus der Verlagsgruppe Handelsblatt



Lesen, was Entscheider bewegt

- Das Wirtschaftsmagazin für Unternehmerpersönlichkeiten.
- Grundlegendes Know-how aus den Bereichen Finanzen, Steuern, Recht, IT & Kommunikation, Fuhrpark oder E-Business.
- Immer am Puls der Zeit, fokussiert auf die wesentlichen Interessen des Mittelstands.

Creditreform - das Unternehmermagazin aus der Verlagsgruppe Handelsblatt – gibt es sowohl als monatliches Print-Magazin im Internet unter:

www.creditreform-magazin.de

als App und als wöchentlichen Newsletter

corps.

Corporate Publishing Services GmbH

corps. Corporate Publishing Services GmbH
Postfach 10 11 02 | 40002 Düsseldorf
www.corps-verlag.de





Bleiben Sie gesund.

Und sonst können Sie sich auf eines der besten Gesundheitssysteme der Welt verlassen.

Ein Blick über den Gartenzaun zeigt: So gut wie bei uns ist die medizinische Versorgung in kaum einem anderen Land. Freie Arztwahl, kurze Wartezeiten, medizinischer Fortschritt für alle. Das garantiert unser Zwei-Säulen-System aus Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung. Typisch deutsch – und einfach riesig. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de



Verband der Privaten
Krankenversicherung